

Berichte und Studien Nr. 23

Gefangene in deutschem und sowjetischem Gewahrsam 1941–1956: Dimensionen und Definitionen

Herausgegeben von Manfred Zeidler und Ute Schmidt

Hannah-Arendt-Institut
für Totalitarismusforschung e.V. an der
Technischen Universität Dresden



Gefangene in deutschem und sowjetischem Gewahrsam
1941–1956: Dimensionen und Definitionen

Herausgegeben von Manfred Zeidler und Ute Schmidt

Berichte und Studien Nr. 23

Herausgegeben vom Hannah-Arendt-Institut
für Totalitarismusforschung e. V.
an der Technischen Universität Dresden

Gefangene in deutschem und
sowjetischem Gewahrsam
1941 – 1956:
Dimensionen und Definitionen

Herausgegeben von Manfred Zeidler
und Ute Schmidt

Dresden 1999

Herausgegeben vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V.
an der Technischen Universität Dresden
Mommsenstr. 13, 01062 Dresden
Tel. (0351) 463 2802, Fax (0351) 463 6079
Layout: Walter Heidenreich
Umschlaggestaltung: Penta-Design, Berlin
Druck: Sächsisches Druck- und Verlagshaus GmbH, Dresden
Printed in Germany 1999

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe gestattet. Belegexemplar gewünscht.

ISBN 3-931648-25-7

Inhalt

1.	Einleitung	7
2.	Die Kriegsgefangenen	16
2.1	Deutsche Kriegsgefangene in sowjetischem Gewahrsam	16
2.2	Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam	29
3.	Die Zivilisten	38
3.1	Sowjetische Zivilisten in deutschem Gewahrsam	38
3.2	Deutsche Zivilisten in sowjetischem Gewahrsam	39
4.	Die von sowjetischen Militärtribunalen (SMT) verurteilten Deutschen	45
4.1	Verurteilte Kriegsgefangene	45
4.2	Verurteilte Zivilisten	48
5.	Bilanz und Forschungsausblick	50
6.	Literaturverzeichnis	52
7.	Abkürzungen	55
8.	Teilnehmer der Tagung	56

1. Einleitung

Anders als in den Kriegen vergangener Epochen hat der Zweite Weltkrieg im Zeichen der totalen Kriegsführung des 20. Jahrhunderts die Grenzen zwischen dem Militär und der Zivilbevölkerung endgültig verwischt. Das gilt für die unmittelbare Kriegsführung wie für die Kriegsfolgen, zu denen neben Deportation, Flucht und Vertreibung nicht zuletzt die Gefangenschaft zählt. Gefangenschaft war ein millionenfaches Schicksal, das in den Jahren nach 1939 Soldaten wie Zivilisten traf – insbesondere in dem 1941 von Hitler begonnenen, rassenideologisch motivierten Angriffs- und Vernichtungskrieges des Deutschen Reiches gegen die Sowjetunion.

Die Gefangenen des Krieges zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion waren bereits Anfang Juli 1997 Thema einer Fachtagung in Dresden, die vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden, dem Institut für Archivauswertung (Bonn) und dem Bundesarchiv veranstaltet wurde. Erstmals trafen hier russische und deutsche Wissenschaftler zusammen, um gemeinsam über die Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges zu diskutieren. Im Mittelpunkt der Vorträge und Diskussionen stand zunächst der deutsch-russische Erfahrungsaustausch zur Quellenlage und zur Archivsituation in beiden Ländern.¹ Ein Ergebnis dieser ersten großen Archiv-Tagung war, daß keineswegs alle Fragen zu den Gefangenen des Zweiten Weltkrieges geklärt sind, sondern vielmehr Fragen, die schon als gelöst galten, neu gestellt werden müssen.² Klärungsbedürftig ist nach wie vor, wo und weshalb die Zahlenangaben *sowjetischer wie deutscher* Stellen voneinander abweichen, und zwar sowohl hinsichtlich der Zahl der Kriegs- bzw. Zivilgefangenen als auch der Verluste der jeweils eigenen bzw. gegnerischen Seite. In beiden Gruppen differieren die Angaben in einer Größenordnung von mehr als einer halben Million. Aus diesem Grund wurde damals beschlossen, 1998 eine zweite Tagung zu veranstalten, die sich eigens Problemen der Definition und der Dimension, also der Ermittlung genauer Zahlen widmen sollte.

Auf dieser zweiten vom Hannah-Arendt-Institut und dem Bonner Institut für Archivauswertung vorbereiteten Konferenz, die am 20./21. Juli 1998 wiederum in Dresden stattfand, versammelten sich die auf diesem Gebiet führenden Experten beider Länder.³ Auf russischer Seite waren die Archive,

- 1 Archiv-Fachtagung: Deutsche Gefangene in sowjetischer Hand, sowjetische Gefangene in deutscher Hand (1941 – 1956) vom 3. bis 5. Juli 1997. Siehe dazu den Sammelband mit den Tagungsbeiträgen: Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und der Sowjetunion.
- 2 Vgl. ebd., S. 263.
- 3 Einen ersten Tagungsbericht hat inzwischen einer der Referenten, Achim Kilian, Weinheim, veröffentlicht. Siehe Kilian, Deutsche und Russen auf dem Weg zur Wahrheit.

in denen Akten zu den deutschen Gefangenen aufbewahrt sind, ebenso vertreten wie die Kommission für Gefangene, Internierte und Vermißte beim Präsidenten der Russischen Föderation. Von deutscher Seite beteiligten sich die auf diesem Forschungsfeld arbeitenden wissenschaftlichen Institute, die beiden im Rahmen des Suchdienstes mit der Thematik seit vielen Jahrzehnten befaßten Institutionen Deutsches Rotes Kreuz (DRK) und Deutsche Dienststelle (vormals: Wehrmachtauskunftsstelle) sowie verschiedene, gleichfalls mit der Gefangenenproblematik beschäftigte Gedenkstätten. Besonders die Teilnahme des Roten Kreuzes machte deutlich, wie sehr sich noch ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende bei diesem Thema wissenschaftliches und humanitäres Interesse durchdringen. So sind die auch auf dieser Tagung unternommenen Forschungsanstrengungen für die Angehörigen der Verschollenen und Vermißten, die endlich Gewißheit über deren Schicksale haben wollen, von unmittelbarem, keineswegs nur akademischem Interesse.

Die zweite Tagung verfolgte im wesentlichen zwei Ziele:

1. den Begriff der Gefangenschaft so zu definieren, daß die Untersuchungsgruppe hinreichend klar abgegrenzt werden kann,
2. die Unterschiede in den Zahlenangaben für Gefangene derselben Kategorie zu erklären.

Gibt es einen Weg, zu allgemein akzeptierten Zahlen zu kommen, oder muß man sich mit einer hinreichenden Erklärung der auf unterschiedlichen Erhebungsmethoden beruhenden Differenzen zufrieden geben? Ersteres war gewissermaßen das optimale, letzteres das wohl realistischere Ziel der Konferenz. In jedem Fall waren überzeugende Begründungen für die vorhandenen Unterschiede gefragt. Nach wie vor geht es darum, für Zivil- wie Militärpersonen beider Seiten genaue Zahlen anzugeben und insbesondere folgende Gruppen zu erfassen:

1. die Gesamtzahl der lebend in Gefangenschaft Geratenen,
2. die Zahl der aus der Gefangenschaft Zurückgekehrten,
3. die Zahl der in den verschiedenen Phasen der Gefangenschaft Umgekommenen,
4. die Anzahl der gerichtlich verurteilten Personen aus beiden Gruppen, insbesondere der Hingerichteten.

Die definitive Anzahl der Gefangenen ergibt sich erst aus dem Begriff dessen, was unter Kriegs- oder Zivilgefangenen zu verstehen ist, bzw. dem Begriff, den die jeweilige Gewahrsamsmacht ihren statistischen Erhebungen zugrunde legte. So trivial es klingen mag: Wer Zahlen über deutsche Kriegsgefangene erheben will, muß klären, wer als Kriegsgefangener und wer als Deutscher galt. Solche Fragen sind aufgrund der Verschränkung juristischer

und ethnischer Kategorien keineswegs unproblematisch und bezeichnen nur einen der schwierigen Aspekte dieses Themas.⁴

Eine vom Bundesministerium des Innern in den fünfziger Jahren bestellte „Wissenschaftliche Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte“ hat unter der langjährigen Leitung des Heidelberger Historikers Erich Maschke im Lauf von zwölf Jahren (1962–1974) in insgesamt 22 Bänden mit über 10 000 Seiten sowie mehr als 300 Karten, Tabellen und Grafiken das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen dokumentiert.⁵ Allein neun Bände des Gesamtwerks „Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges“ behandeln die Geschichte der Gefangenen in sowjetischem Gewahrsam. Aufgrund der ihr zu jener Zeit vorliegenden Daten und Informationen errechnete die Kommission Zahlenangaben für die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, die jahrelang die einzig verfügbaren waren; sie gelten auch heute noch vielfach als verbindlich. Demnach gerieten zwischen 1941 und 1945 ca. 3,155 Mio. Wehrmachtangehörige (einschließlich SS) in sowjetische Gefangenschaft. Von ihnen wurden bis Anfang 1956 ca. zwei Mio. nach Deutschland repatriiert; ca. 1,1 Mio. verstarben im Gewahrsam der UdSSR.⁶

Die Sowjetunion gab im ersten Jahrzehnt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges lediglich Zahlen über die repatriierten deutschen Kriegsgefangenen bekannt: Im März 1947 waren dies offiziell 1 003 974, im Mai 1950 1 939 063 Heimkehrer. Diese Angaben ließen sowohl zur Gesamtzahl aller Kriegsgefangenen als auch zur Anzahl der in der Gefangenschaft Verstorbenen viele Spekulationen zu. Erst anlässlich des Besuches von Bundeskanzler Adenauer in Moskau im Herbst 1955 wurden der deutschen Seite Daten über die Gesamtzahl der deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischem Gewahrsam übergeben, die auch Rückschlüsse auf die Zahl der Verstorbenen ermöglichten. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ veröffentlichte diese Zahlen in seiner Ausgabe vom 21. September 1955. Erstmals erfuhr die deutsche Öffentlichkeit damit die offizielle sowjetische Gesamtzahl von 2 336 000 deutschen Kriegsgefangenen. Daraus ließ sich schließen, daß im Zeitraum zwischen der Gefangennahme und dem Mai 1950 fast 400 000 Personen „verschwunden“ waren.

Hinsichtlich ihrer eigenen Kriegsverluste sprach die UdSSR 1946 von rund 7 Mio. im Krieg und unter „deutscher Knechtschaft“ getöteten Sowjetbürgern,⁷ eine Zahl, die der (Ost-) Berliner Sowjetbotschafter Puškin am

4 Vgl. dazu die Kategorisierung bei Bährens, *Deutsche in Straflagern und Gefängnissen*, S. 8–14.

5 Zur Geschichte der Kommission und ihrem dokumentarischen Editionswerk siehe Maschke, *Die deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges*, S. 3–37.

6 Siehe dazu die gegenüber der ursprünglichen Berechnung in: Böhme, *Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand*, S. 106–126, leicht korrigierten Zahlen bei Ratza, *Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion*, S. 205–207.

7 Die englischsprachige *Soviet News* meldete mit Berufung auf eine Rundfunksendung von Radio Moskau am 9. Mai 1946: „More than seven million Soviet people were

26. März 1955 gegenüber dem damaligen Präsidenten des DRK, Heinrich Weitz, nochmals bestätigte.⁸ Anfang 1961 nannte dann Nikita Chruščev in einem Brief an den schwedischen Ministerpräsidenten Tage Erlander die Zahl von 20 Mio. Getöteten,⁹ die bis heute vielen Angaben über die Kriegsverluste der UdSSR zugrunde liegt. Die Jahre der Perestrojka ab 1985 ebneten den Weg für eine Neubewertung der Geschichte des Sowjetstaates und weckten besonders das Interesse für bislang tabuisierte Themen; dazu gehörte auch die Kriegsgefangenenfrage. Im Jahre 1993 erschien in Moskau das offiziöse statistische Sammelwerk „Grif sekretnosti snjat“ (dt.: Geheimhaltungsstempel aufgehoben), das eine Vielzahl von Zahlenübersichten zu den Menschenverlusten der Sowjetstreitkräfte in allen Kriegen und militärischen Konflikten dieses Jahrhunderts (seit 1917) veröffentlichte. Die Zahl der Toten des Zweiten Weltkrieges, einschließlich der Grenz- und Inneren Truppen, wurde darin mit 8,668 Mio., die der in Gefangenschaft Geratenen mit 4,559 Mio. beziffert.¹⁰

All diese Zahlen, gleich welche Seite sie betreffen, beruhen auf einer durchweg *numerischen Statistik*. Sie basieren also nicht auf einer individuellen Schicksale ermittelnden Namensstatistik, die durch Erkennungsregister, die Personenkarteien von Gefangenenlagern, Sterbefallanzeigen oder die Vermißtendateien des DRK-Suchdienstes ausgewiesen wäre. Die bis heute besonders emotionsbeladene und nicht zuletzt deshalb so umstrittene Zahl der in Gefangenschaft Umgekommenen ergibt sich bisher tatsächlich als Restmenge der übrigen Kategorien und enthält somit die Summe der Fehler und Unsicherheiten der Ausgangsgrößen. In den Fällen, in denen versucht wurde, die Zahl der Verstorbenen an einem konkreten Ort, etwa in einem Kriegsgefangenen- oder Internierungslager, innerhalb eines klar umrissenen Zeitraums anhand personenbezogener Statistiken zu ermitteln, mußten die bislang angenommenen Opferzahlen fast immer deutlich nach unten korrigiert werden. Ob und inwieweit ein solcher „Zahlenansatz von

killed in the war or died in German Slavery“. Die Zahl der eigenen Ziviltoten war in einem Bericht der „Außerordentlichen Staatskommission für die Feststellung und Untersuchung der Verbrechen der deutschen faschistischen Eindringlinge“ vom September 1945 mit „mehr als einer Million“ beziffert worden, wobei sich diese „nur auf indirekte Kriegshandlungen der Deutschen, wie Deportationen, Geiselmord und ähnliche Verbrechen“ bezogen, siehe: Keesings Archiv der Gegenwart vom 13. September 1945, 433 F.

- 8 Vermerk Kurt Wagners über die Besprechung von Heinrich Weitz mit dem Botschafter der UdSSR in der DDR, Puškin, Ostberlin, 26. März 1955. In: Riesenberger (Hg.), Das Deutsche Rote Kreuz, Dok. Nr. 57, S. 152. Stalin selbst hatte auf der neunten Vollsitzung der Potsdamer Konferenz am 24. Juli 1945 von über fünf Millionen Gefallenen der Sowjetunion gesprochen. Siehe Truman, Memoiren, Band 1, S. 393. Vgl. dazu die sowjetischen Konferenzprotokolle in: Fischer (Hg.), Teheran-Jalta-Potsdam: die sowjetischen Protokolle, S. 322.
- 9 Vgl. Bonwetsch, Die Kriegsverluste der Sowjetunion, S. A 201.
- 10 Das Werk präsentierte die Arbeitsergebnisse einer Kommission von Militärs unter dem Vorsitz des Generalobersten Krivošev. Vgl. auch den Sammelband: Ljudskie poteri SSSR v period vtoroj mirovoj vojny. Sbornik statej.

unten“ zur Revision der Opferzahlen der numerischen Statistik führen wird, ist freilich eine offene Frage. Zwingend ist eine solche Konsequenz nicht.

Korrekturen an den Zahlen der Opfer des Zweiten Weltkrieges bzw. des politischen Agierens der beiden totalitären Diktaturen sind bis heute wegen der damit verbundenen Emotionen ein schwieriges Unterfangen. Eine Minderung der Zahlen wird von der jeweiligen Opferseite nicht selten als Zumutung mit potentiell bedenklichen politisch-psychologischen Folgewirkungen empfunden. Die wissenschaftliche Redlichkeit verbietet jedoch gerade auch bei diesem Thema einen leichtfertigen Umgang mit Zahlen. Das Resümee, das Detlef Garbe in seiner Studie über die vergleichsweise kleinere, während des „Dritten Reiches“ intensiv verfolgte Opfergruppe der Zeugen Jehovas gezogen hat, kann hier nur unterstrichen werden:

„Wer glaubt, daß die Steigerung und Übertreibung von Opferzahlen zu einer erhöhten Sensibilisierung führt und somit die Aufmerksamkeit erhöht, leistet der Sache der historischen Aufklärung einen Bärendienst. Die Zahlen sind schlimm, die Verbrechen gigantisch genug – und Betroffenheit macht sich nicht an Zehnerpotenzen fest.“¹¹

Was die Definitionsfrage anbelangt, so ist allein der Terminus der Kriegsgefangenschaft juristisch relativ präzise. Für andere Formen von Gefangenschaft im Zuge des Zweiten Weltkrieges trifft dies nicht zu. So verbietet die IV. Genfer Konvention vom 12. August 1949 „über den Schutz der Zivilpersonen in Kriegszeiten“ die in den Kriegsjahren von verschiedenen Parteien gegen Zivilisten angewandten Zwangsmaßnahmen fast ausnahmslos. In Ergänzung des 1. Kapitels (Artikel 1–3) der Haager Landkriegsordnung aus dem Jahre 1907 (HLKO) zu den Heeresstreitkräften hatte die Genfer Konvention vom Juli 1929 (GKK, Artikel 1, Abs. 2) auch „alle zu den Streitkräften der kriegführenden Parteien gehörenden Personen, die im Verlaufe von kriegerischen Handlungen zur See oder in der Luft vom Feinde gefangen genommen worden sind [...]“¹² als Kriegsgefangene definiert. Das Recht, als Kriegsgefangene behandelt zu werden, hatten außerdem bestimmte Gruppen von Zivilpersonen (Artikel 81), und zwar jene, „die den Streitkräften folgen, ohne ihnen unmittelbar anzugehören, wie Kriegskorrespondenten, Zeitungsberichterstatler, Marketender und Lieferanten [...], wenn sie in die Hand des Feindes geraten und diesem ihre Festhaltung zweckmäßig erscheint [...], vorausgesetzt, daß sie sich im Besitz eines Ausweises der Militärbehörde der Streitkräfte befinden, die sie begleiten“.¹³

Angesichts der Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, in dem Zivilisten in einem bis dahin unbekanntem Ausmaß in Kriegshandlungen einbezogen wurden, hat die III. Genfer Konvention über die Behandlung der Kriegsgefangenen vom 12. August 1949 den Kreis der Betroffenen erweitert und differenziert; im Kern waren diese Definitionen allerdings schon in der Fassung

11 Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 482.

12 Reichsgesetzblatt, Teil II, Jg. 1934, S. 233.

13 Ebd., S. 251.

der HLKO von 1907 enthalten. Nach den Bestimmungen der Genfer Konvention von 1949 (Artikel 4) werden sechs Personenkategorien unterschieden: Kriegsgefangene waren auch Mitglieder von Milizen und Freiwilligenkorps, ebenso die Angehörigen von organisierten Widerstandsbewegungen, „die zu einer am Konflikt beteiligten Partei gehören und außerhalb oder innerhalb ihres eigenen Gebietes, auch wenn dasselbe besetzt ist, tätig sind“, unter der Voraussetzung, daß sie unter einem einheitlichen Kommando stehen, durch eindeutige Erkennungszeichen ausgewiesen sind, ihre Waffen offen tragen und „bei ihren Kampfhandlungen die Gesetze und Gebräuche des Krieges einhalten“ (Kategorie 2). Eine weitere Kategorie bildeten „Personen, die den Streitkräften folgen, ohne in sie eingegliedert zu sein“, z. B. zivile Besatzungsmitglieder von Militärflugzeugen, Kriegsberichterstatter, Heereslieferanten sowie „Mitglieder von Arbeitseinheiten oder von Diensten, die für die Betreuung der Militärpersonen verantwortlich sind [...]“. Hinzu kamen die Besatzungen von Handelsschiffen und Zivlflugzeugen (Kategorie 5) sowie „Mitglieder regulärer Streitkräfte, die sich zu einer von der Gewahrsamsmacht nicht anerkannten Regierung oder Autorität bekennen“ (Kategorie 3). Eingeschlossen wurde auch die „Bevölkerung eines unbesetzten Gebietes, die beim Herannahen des Feindes aus eigenem Antrieb zu den Waffen greift, [...] ohne zur Bildung regulärer Streitkräfte Zeit gehabt zu haben“, sofern sie bei ihrem bewaffneten Kampf die für die Personenkategorie 2 geltenden Voraussetzungen erfüllt. Ferner wurden zwei weitere Gruppen von Personen definiert, die gleichfalls eine dem Status der Kriegsgefangenschaft entsprechende Behandlung beanspruchen konnten, so etwa ehemalige, d. h. außer Dienst befindliche Militärangehörige eines besetzten Landes, „sofern die Besatzungsmacht es als nötig erachtet, sie auf Grund dieser Zugehörigkeit zu internieren“.¹⁴ Die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten war demzufolge für das Recht auf den völkerrechtlichen Kriegsgefangenenstatus nahezu ohne Relevanz. Diese vier Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entwickelte Begriffsbestimmung bildet als moderne und bis heute international gültige Definition die Grundlage für die innerstaatliche Gesetzgebung sowohl in Deutschland als auch in der Sowjetunion bzw. der Russischen Föderation als deren wichtigstem Nachfolgestaat. Sie hat sowohl hier als auch dort Eingang in die gängigen Konversationslexika und juristisch-staatswissenschaftlichen Handbücher gefunden.¹⁵

Wenn trotzdem in beiden Ländern für Personen der gleichen völkerrechtlichen Kategorie unterschiedliche Zahlen genannt werden, so ist dies vermutlich auf folgende Gründe zurückzuführen:

14 Bundesgesetzblatt, Teil II, Jg. 1954, S. 839 f.

15 Siehe dazu das Stichwort in den Nachkriegsaufgaben der „Großen Sowjetenzyklopädie“ (Bol'shaja Sovetskaja Enciklopedija), 2. Aufl., Bd. 8 (1951), S. 456 und 3. Aufl., Bd. 5 (1971), S. 235f. sowie im Brockhaus, 17. Aufl., Bd. 10 (1970), S. 649.

1. eine unklare Kategorisierung der Gefangenen nach Zivil- und Militärpersonen,
2. eine unterschiedliche Kategorisierung der Gefangenen nach nationaler Zugehörigkeit,
3. eine unbekannte Zahl seitens der Gewahrsamsmacht amtlich nicht registrierter sogenannter „Frühentlassener“,
4. eine bislang nicht hinreichend geklärte Zahl der Verstorbenen, deren Tod durch Akten nicht belegt ist.

Ad 1) Für beide Gewahrsamsmächte der Kriegsjahre ist festzustellen, daß die Sowjetunion in ihrem regierungsamtlichen „Erlaß über Kriegsgefangene“ vom 1. Juli 1941 eine recht präzise Definition der Personen gegeben hat, die gemäß den damaligen kriegsvölkerrechtlichen Bestimmungen (HLKO und GKK) als Kriegsgefangene zu behandeln waren.¹⁶ Anders verhielt es sich auf der deutschen Seite, die dem Sicherheitsaspekt den Vorrang gab. Sie betrachtete tendenziell alle Personen, in denen sie eine potentielle Bedrohung für die eigenen Streitkräfte erblickte, als Kriegsgefangene und subsumierte darunter zunehmend auch andere Gruppen, wie z. B. aufgegriffene Zivilisten und Jugendliche im wehrfähigen Alter.

Ad 2) Beide kämpfenden Armeen waren in gewissem Sinne „Vielvölkerheere“, vor allem die Rote Armee, in geringerem Maße die Wehrmacht, jedoch in erheblichem Umfang und besonders gegen Kriegsende die SS.

Ad 3) Die Zahl der „Frühentlassenen“ ist nicht ermittelbar, weil viele von ihnen gar nicht registriert wurden und verschiedene Stellen bei ihrer Gefangennahme und Entlassung beteiligt waren. Darunter waren viele „Volkssturm“-Leute oder auch Invalide und Verwundete, die nach kurzer Gefangenschaft wieder freigelassen wurden. Schätzungsweise sind dieser Gruppe einige Hunderttausende deutsche Kriegsgefangene zuzurechnen.

Ad 4) Dieser Punkt ist besonders wichtig, sind doch die Gefangenenzahlen, die von russischer Seite in letzter Zeit vor allem aus den Akten des früheren sowjetischen Innenministeriums in die Öffentlichkeit gelangten, Gefangenenlagerstatistiken, d. h. Verzeichnisse der an den endgültigen, oftmals Tausende von Kilometern vom Ort der Gefangennahme entfernten Verwahrornten identifizierten und registrierten Personen. Doch wie viele erreichten überhaupt dieses Stadium eines von der Gewahrsamsmacht behördlich registrierten Gefangenen? Anders gefragt: Wie viele starben auf dem langen und gefährvollen Weg von der Gefangennahme über die Sammel- und Durchgangslager bis zu den Stammlagern den Tod Namenloser? Dasselbe galt, wenn auch in weit geringerem Maße, für den langen Weg der Repatriierung in die Heimat.

Bereits in den fünfziger Jahren nannte der Suchdienst des DRK in seiner für den internen Dienstgebrauch bestimmten Studie „Zur Geschichte der

16 Eine deutsche Übersetzung des Erlasses der Sowjetregierung Nr. 1798-80406 bietet Ratza, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, S. 277-281.

Kriegsgefangenen im Osten“ insgesamt „sieben kritische Punkte im Schicksalsweg eines Kriegsverschollenen“, die seine Überlebenschancen ganz wesentlich bestimmten. Allein sechs davon betrafen den Zeitraum zwischen der Gefangennahme und der Ankunft in einem regulären Lager als Phase der Improvisation (Kurt W. Böhme), d. h. der „kritischen Zeitspanne [...], während der sich entschied, wer Aussicht hatte, den Strapazen gewachsen zu sein, bzw. wer ihnen bereits unterlegen war“. ¹⁷ Als siebter und zeitlich letzter dieser kritischen Punkte „in Beziehung auf Sein oder Nichtsein eines Kriegsverschollenen“ galt das erste Jahr des Lageraufenthalts. ¹⁸

Die vom DRK genannten Punkte betrafen – jenseits aller individuellen Faktoren, die die Überlebenschancen eines Gefangenen mit beeinflussten – die objektiven Begleitumstände der Gefangennahme wie Kriegsphase, Jahreszeit, Örtlichkeit, den allgemeinen Ernährungszustand sowie die Intensität der vorausgegangenen Kampfhandlungen. Als besonders kritisch galten, neben der Beschaffenheit des endgültigen Verwahrorortes, die Transportbedingungen und die Länge des Transportweges bis zur Ankunft im Stamm-lager: „Jeder Tag, den ein Gefangener mehr als ein anderer auf Transport zubringen mußte, war gleichbedeutend mit der eben um diesen einen Tag verlängerten Lebensgefahr.“ ¹⁹ Auch die hygienischen Verhältnisse in den oftmals völlig improvisierten und häufig extrem überbelegten Sammel- und Durchgangslagern wirkten sich auf die Überlebenschancen aus. ²⁰

Bilanziert man diese kritischen Punkte, so hatten die sogenannten „Kapitulationsgefangenen“ des Frühjahrs 1945 gegenüber den anderen Gefangenenkategorien günstigere Bedingungen. Doch schätzte das DRK selbst für die Frühjahrsgefangenen des Jahres 1945 in den beiden wichtigsten Kampfräumen östlich von Oder und Neiße, nämlich in Polen-Ostdeutschland und Kurland-Ostpreußen, den Anteil der allein auf den Transportwegen und in den Sammellagern Verstorbenen auf ca. 12 bzw. 18 Prozent. ²¹ Gestützt auf die Erhebungen des DRK-Suchdienstes, schätzte die Maschke-Kommission, daß von den deutschen Gefangenen, die in den beiden Kriegsjahren 1941 und 1942 in sowjetische Hand gerieten, ca. 95 Prozent ums Leben gekommen seien; für das folgende Jahr 1943 bezifferte sie die Sterberate auf noch rund 70 Prozent. Erst für die letzten beiden Kriegsjahre wurde eine deutlich höhere Überlebenschance ermittelt (1944: 40 Prozent, 1945: 25 Prozent Verstorbene). ²²

Für die Kriegsgefangenen der Roten Armee in deutschem Gewahrsam wird man pauschal dieselbe Aussage treffen können: Je später ein Rotarmist

17 Zur Geschichte der Kriegsgefangenen im Osten. Teil I, Vom Ort der Gefangennahme ins Kriegsgefangenenlager, S. 15f. Vgl. auch Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand, S. 51.

18 Vgl. ebd., S. 175.

19 Ebd., S. 20.

20 Vgl. Hilger, „Arbeit ist die einzige Existenzquelle!“.

21 Vgl. Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand, S. 92, 98, 103.

22 Vgl. Ratza, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, S. 206.

in deutsche Gefangenschaft geriet, desto höher war seine Überlebenschance und die Wahrscheinlichkeit, daß sich sein persönliches Schicksal in den vorhandenen deutschen Unterlagen dokumentiert findet.

In der Frage nach der Bewertung der unterschiedlichen Angaben, die verschiedene Institutionen derselben Gewahrsamsmacht zur Gefangenenzahl machten, herrschte auf der Dresdner Tagung weitgehende Übereinstimmung: Sofern nicht offenkundige Gründe dagegen sprächen, solle der Grundsatz gelten, daß den Zahlen derjenigen Institution, die am unmittelbarsten mit dem (Kriegs-) Gefangenenwesen befaßt gewesen war, die höchste Verlässlichkeit zugewilligt werden müsse. Im deutschen Falle war dies die Dienststelle des „Chefs des Kriegsgefangenenwesens“ innerhalb des Allgemeinen Wehrmachtamtes und auf sowjetischer Seite die „(Haupt-)Verwaltung für Angelegenheiten von Kriegsgefangenen und Internierten“ – (Glavnoe) Upravlenie po delam Voennoplennyh i Internirovannyh, Abk. (G)UPVI²³ – innerhalb des Volkskommissariats (ab 1946 Ministerium) des Inneren der UdSSR (NKVD/MVD). Schon aufgrund ihrer besonderen „materiellen“ Verantwortlichkeit, beispielsweise für die Anforderung von Verpflegungssätzen, Unterbringungs-, Transport- oder Bewachungskapazitäten, hätten diese Institutionen notwendigerweise das größte Interesse an einer möglichst präzisen Zählung „ihrer“ Gefangenen haben müssen.

Vorrangiges Ziel der Dresdner Tagung war es, die für die einzelnen Gefangenenkategorien existierenden, z. T. weit auseinanderliegenden Angaben, ihre Belege und Schätzungsgrundlagen nebeneinanderzustellen und Möglichkeiten zur Klärung der Differenzen aufzuzeigen. Dementsprechend wurden die Einzelbeiträge in diesem Tagungsbericht nach Gefangenenkategorien geordnet. Der Präsentation der Zahlen beider Seiten schließen sich, wenn möglich, Beiträge an, die das Problem der Differenz aufgreifen und entweder einen methodischen oder einen auf Quellenauswertung basierenden Weg zu seiner Klärung aufzeigen. Bei möglichst jeder der behandelten Kategorien – Gefangene, Repatriierte, Verstorbene oder Verurteilte – wurde versucht, aus teilweise noch unbearbeiteten Quellen „Restmengen“ zu ermitteln, d. h. Angaben zu Betroffenen zu finden, deren Schicksal bislang unbekannt geblieben ist und demzufolge auch keinen Niederschlag in der Statistik gefunden hat. In diesem Sinne war es, wie einer der Referenten formulierte, ein Hauptanliegen der Tagung, sich explizit mit Zahlen zu befassen, die bislang noch nicht vorliegen. Die inhaltliche Wiedergabe der Referate beschränkt sich daher in diesem Bericht bewußt auf jene Abschnitte, die auf die Thematik von Dimension und Definition eingehen. Vorträge, die mehrere Themenkomplexe behandelten, wurden – unabhängig vom Ablauf des Tagungsprogramms – „gesplittet“ und den jeweiligen Sachbezügen zugeordnet. Für die Wiedergabe russischer Eigennamen wurde im übrigen durchgehend die wissenschaftliche Transliteration verwendet.

23 Bis Januar 1945 und ab Juli 1951 UPVI, zwischenzeitlich GUPVI.

2. Die Kriegsgefangenen

2.1 Deutsche Kriegsgefangene in sowjetischem Gewahrsam

Nach der Begrüßung durch *Klaus-Dietmar Henke*, Direktor des Hannah-Arendt-Instituts (Dresden), der auf die geplante Aufnahme des Forschungsthemas in das Arbeitsprogramm der gemeinsamen deutsch-russischen Historikerkommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen hinwies, und nach einer thematischen Einführung von *Günther Wagenlehner*, Direktor des Instituts für Archivauswertung (Bonn), der Aufgabe und Zielsetzung der Tagung beschrieb, eröffnete *Rüdiger Overmans*, Bundesarchiv-Militärarchiv (Freiburg) die Reihe der Beiträge, die sich schwerpunktmäßig mit den deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischem Gewahrsam befaßten. Er verwies – am Beispiel der unterschiedlichen Meldewege innerhalb des Wehrmachtverlustwesens – auf die Problematik rein numerischer Angaben, wie sie leider bis heute die Grundlage aller Zahlendiskussionen bilden.²⁴ Der erste dieser Meldewege war der „Truppendienstweg“, auf dem die militärischen Einheiten regelmäßig ihre Verluste fernmündlich oder fernschriftlich dem Oberkommando des Heeres meldeten. Auf dem zweiten Meldeweg, dem „Sanitätsdienstweg“, gaben die Truppenärzte die zahlenmäßigen Verluste an die Heeressanitätsinspektion weiter, die ihrerseits die zusammengefaßten Ergebnisse an das „Allgemeine Heeresamt“ (AHA) weiterleitete. Einen dritten Meldeweg bildeten schließlich die Verlustmeldungen der Einheiten und Feldlazarette an die „Wehrmachtauskunftsstelle für Kriegsverluste und Kriegsgefangene“ (WASt). Daneben überwachten die Dienststellen der Wehrrersatzorganisation, d. h. die Wehrbezirkskommandos und Wehrmeldeämter in Zusammenarbeit mit den zivilen Standesämtern, das Verlustwesen. Die Zahl der in den ersten drei Kriegen (gegen Polen, Norwegen und in Westeuropa) gefallenen deutschen Soldaten differiert – je nach den verschiedenen Meldewegen – z. T. erheblich. Um diese Dreigleisigkeit zu überwinden und die Verluste möglichst genau feststellen zu können, wurde im weiteren Verlauf des Krieges als Zentralstelle die „Abteilung Wehrmachtverlustwesen des Oberkommandos der Wehrmacht“ (WVW) im Allgemeinen Wehrmachtamt (AWA) gebildet, die die „Zentralstatistik der Menschenverluste im Kriege“ führte. Die vor allem durch die Aussagen von Percy Ernst Schramm und Burkhard Müller-Hillebrand²⁵

24 Zur Wehrmachtverluststatistik und zu den deutschen militärischen und zivilen Verlusten des Zweiten Weltkrieges vgl. Overmans, *Die Toten des Zweiten Weltkrieges in Deutschland*. Vgl. auch ders., *Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg*.

25 Von Percy E. Schramm, dem Kriegstagebuchführer des OKW seit 1943, existiert ein 1948 verfaßter Anhang: *Die personellen und materiellen Gesamtverluste der deutschen Wehrmacht von Kriegsbeginn bis zum 31. Januar 1945*. In: *Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht*, S. 1508–1524. Vgl. Müller-Hillebrand, *Das Heer 1933–1945*, S. 261ff.

begründete Annahme der hohen Verlässlichkeit der Wehrmachtverluststatistik bis zum Kriegsende, auf die sich auch die Maschke-Kommission gestützt hatte, sei jedoch – so Overmans – unbegründet. Ab Mitte 1944 könne von einem präzise funktionierenden deutschen Verlustmeldewesen nicht mehr gesprochen werden. Zudem sei bei der Kategorie der „Vermißten“ gemäß einer internen Anweisung schon bald nicht mehr zwischen Lebenden und Toten unterschieden worden, d. h. wer im Osten als vermißt galt, wurde als tot gezählt, auch wenn er nachweislich noch lebte, als er in Gefangenschaft geriet. Generell sei die deutsche Verluststatistik in den ersten Jahren, als die Zahlen noch überschaubar waren, weitaus verlässlicher als gegen Kriegsende. Für die offiziellen sowjetischen Angaben hinsichtlich der Wehrmachtverluste gilt nach Overmans tendenziell genau das Gegenteil: Waren sie bis zur militärischen Wende in den Kriegsjahren 1942/43 nicht zuletzt aus propagandistischen Gründen maßlos übertrieben, so wurden sie, je mehr deutsche Soldaten gefangen genommen wurden, zum Kriegsende hin zunehmend realistisch. Grundsätzlich bleibe jedoch die Feststellung gültig, daß numerischen Angaben prinzipiell nicht zu glauben sei. Verlässlicher sei dagegen das namentliche Meldewesen in Gestalt von Personenkarteien und individuellen Sterbefallanzeigen, mit anderen Worten: die akribische Registrierungstätigkeit der WAST in den Kriegs- und Nachkriegsjahren (vor allem zwischen 1947 und 1952).

Im folgenden stellte Overmans eine Reihe von Zahlenangaben nebeneinander:

1. Vermißte Wehrmattsangehörige bis Ende Januar 1945 gemäß OKW: 1,6 Mio.
2. Deutsche Kriegsgefangene am Kriegsende laut Frontberichten des Moskauer Sovinformbüros: 3,155 Mio.
3. Deutsche Kriegsgefangene nach Heimkehreraussagen: 3,4 Mio.
4. Deutsche Kriegsgefangene nach der Gefangenenlagerstatistik des sowjetischen Innenministeriums (NKVD): 2,4 Mio.
5. Repatrierte deutsche Kriegsgefangene nach der TASS-Erklärung vom 4. Mai 1950: 1,939 Mio.
6. In sowjetischen Gefangenenlagern verstorbene deutsche Kriegsgefangene laut NKVD-Statistik: 0,36 Mio.

Von knapp 3,2 Mio. deutschen Kriegsgefangenen im Osten sei auch die Maschke-Kommission (Kurt W. Böhme) ausgegangen, wobei sie neben den veröffentlichten Frontberichten des Sovinformbüros die Vermißtenstatistik des OKW für die Ostfront sowie rund 150 000 Heimkehrerbefragungen heranzog. Trotz der Plausibilität und Fundiertheit bleibe die Zahl eine Hochrechnung. Die Differenz von ca. 800 000 Personen, die sich zwischen der deutschen Schätzung und der NKVD-Lagerstatistik auftat (ca. 3,2 Mio. bzw.

ca. 2,4 Mio. Gefangengenommene), sei im wesentlichen durch drei Personengruppen bewirkt:

1. die „Frühentlassenen“, d. h. Gefangene, die wegen Alters, Verwundung oder sonstiger Invalidität als arbeits- und transportunfähig schon nach kurzer Zeit nach Hause entlassen wurden, ohne als Kriegsgefangene registriert worden zu sein;
2. die „Frühverstorbenen“, d. h. jene, die kurz nach der Gefangennahme, auf dem Transport oder vor Beginn der Registrierung im Stammlager verstorben sind. Für noch auf dem Schlachtfeld verstorbene Schwerverwundete galt, daß sie für die deutsche Seite in der Regel als Kriegsgefangene, für die sowjetische hingegen als Gefallene zählten.
3. Personen, die, obwohl zweifelsfrei Wehrmachtsangehörige, in der NKVD-Statistik als Nichtdeutsche erscheinen (Österreicher, Tschechoslowaken, Polen etc.). Für die deutsche Seite sei allein das Kriterium der Wehrmachtsangehörigkeit maßgeblich, für die sowjetische Statistik zählten hingegen die Kategorien Nationalität und Staatszugehörigkeit.

Um ein realistisches Bild von der Zahl der Verstorbenen zu gewinnen, müßten daher die entsprechenden Angaben ergänzt und auch die Verstorbenen-zahlen der statistisch separat erfaßten nichtdeutschen Nationalitäten mit einbezogen werden. Dennoch sei die von der Maschke-Kommission angenommene Zahl von rund 1,1 Mio. Verstorbenen als überhöht zu betrachten. Zum Umfang der beiden ersten Kategorien, d. h. der „Frühentlassenen“ und der „Frühverstorbenen“, seien vorerst nur Schätzungen möglich.

Im folgenden stellte Overmans seine Schätzung vor: Ausgehend von mehr als 3 Mio. deutschen Kriegsgefangenen, müsse man rund 700 000 Verstorbene und ca. 2,3 Mio. Zurückgekehrte annehmen, wobei zu den knapp 2 Mio. offiziell Repatriierten 300 000 „Frühentlassene“ zu addieren seien. Entscheidend für ein Weiterkommen auf gesichertem statistischem Grund sei die Verfolgung des namentlichen Meldeweges. Hierzu würde sich anbieten, aus der Personalkartei der Deutschen Dienststelle (WASSt) eine repräsentative Stichprobe zu ziehen und die Schicksale der in diesem Sample erfaßten Personen von der Gefangennahme bis zur Repatriierung zu verfolgen.

Oberst Valerij Filippov, kommissarischer Leiter des militär-historischen Zentrums der Russischen Föderation, stellte aus den Unterlagen des Zentralarchivs des Verteidigungsministeriums (CAMO) die folgenden statistischen Daten vor:²⁶

26 Diese Daten entsprechen den Angaben im Beitrag zweier Mitglieder der Krivošeev-Kommission in der Militärhistorischen Zeitschrift vom Mai/Juni 1996. Siehe Gurkin/Kruglov: Krovavaja rasplata agressora, S. 33.

1. von der Roten Armee zwischen dem 22. Juni 1941 und dem 8. Mai 1945 gemäß den Meldungen der Truppenstäbe an den Generalstab registrierte Kriegsgefangene aller gegnerischen Streitkräfte: 4,377 Mio.,
2. nach kurzer Überprüfung in den Frontsammelpunkten durch die verantwortlichen Frontorgane Entlassene: 0,6 Mio.,
3. von der Front in die rückwärtigen Lager des NKVD weitergeleitete Kriegsgefangene: 3,777 Mio.,
4. in den NKVD-Lagern registrierte Kriegsgefangene: 3,486 Mio.,
5. davon Angehörige von Armeen der mit Deutschland verbündeten Staaten: 0,752 Mio.,
6. Zahl der Wehrmachtsangehörigen: 2,734 Mio.,
7. davon

Deutsche (nacional'nost'):	2,388 Mio.	davon verstorben:	356 700
Österreicher:	0,157 Mio.		10 891
Tschechoslowaken:	0,070 Mio.		4 023
Polen:	0,060 Mio.		3 128
Franzosen:	0,023 Mio.		1 325
Jugoslawen:	0,022 Mio.		1 476
Übrige Nationalitäten:	0,013 Mio.		3 524

Die Differenz zwischen den von der Front aus in die NKVD-Lager eingewiesenen und den dort statistisch erfaßten Kriegsgefangenen (291 000 Personen) erklärt sich – so Filippov – durch drei Gruppen:

1. in der Wehrmacht oder ihr angeschlossenen Verbänden dienende Sowjetbürger (220 000),²⁷
2. in NKVD-Speziallager überführte, als Kriegsverbrecher angeschuldigte und von sowjetischen Militärtribunalen verurteilte Personen (14 100),
3. auf dem Transport in die rückwärtigen Stammlager Verstorbene (57 000).

Somit seien rund 85 Prozent der deutschen Soldaten und Offiziere aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft nach Hause zurückgekehrt. Ihre Todesrate von 15 Prozent habe demnach nur etwa ein Viertel bis ein Drittel der Todesrate der sowjetischen Kriegsgefangenen betragen, die in deutschem Gewahrsam gewesen waren.

Urs Veit, Leiter der Deutschen Dienststelle (Berlin), erklärte, der Zahlendiskussion keine neuen statistischen Daten hinzufügen zu können. Er verwies dagegen auf die in der früheren WAST im Referat 3 (Kriegsgefangene) vorhandenen Unterlagen, die zur Klärung verschiedener Fragen beitragen könnten:

27 Die in Klammern gesetzten Zahlen für die Personenkategorien stammen aus dem o.a. Beitrag von Gurkin und Kruglov, ebd.

1. 22 Bände mit (inzwischen EDV-erfaßten) Rückführungslisten deutscher Kriegsgefangener, darunter allein rund 290 000 Meldungen aus den drei Durchgangslagern Hof-Moschendorf, Tuttlingen und Hersfeld-Waldschänke;
2. die sogenannte große P 4-Kartei mit ca. 5 Mio. in den Jahren zwischen 1947 und 1952 registrierten Personen, in der die aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrten durch ein großes „R“ gekennzeichnet sind;
3. speziell zu den Rußlandheimkehrern ca. 613 000 Entlassungsmeldungen der Jahre 1948 bis 1950 aus dem sowjetischen Heimkehrerlager Frankfurt (Oder)-Gronenfelde sowie weitere Ordner mit Registraturen aus östlichem Gewahrsam von unbekannter Zahl;
4. Listen mit den Namen von ca. 14 000 deutschen Kriegsgefangenen, die 1944 von Rumänien an die Sowjetunion ausgeliefert wurden, sowie ca. 2 000 Namen von durch Schweden an die UdSSR ausgelieferten deutschen Soldaten. Beide Listen seien bisher noch nicht ausgewertet worden.

Ferner besitze das Referat 7 (Erkennungsmarken) Verlustmeldungsunterlagen verschiedener Abwicklungsstäbe des OKH. Vorhanden seien die Unterlagen der Abwicklungsstäbe Stalingrad, Tunis, Krim, Mittelabschnitt, West und Rumänien. Sie ermöglichten die Feststellung der in den genannten Kampfräumen Gefallenen und Vermißten sowie der Zurückgekehrten. Allein die Abwicklungsunterlagen des Arbeitsstabes Stalingrad umfaßten 286 Ordner mit ca. 706 000 Meldungen, die Erkennungsmarkenverzeichnisse der 6. Armee mehr als 1,6 Mio. Gesamt- und 60 000 Verlustmeldungen. Ihre Aufarbeitung würde mehrere Vollzeitarbeitskräfte über viele Jahre hin beschäftigen. Des weiteren verfüge das Referat über eine Liste von ca. 40 000 Personen, die als französische Staatsbürger (vorwiegend Elsaß-Lothringer) im Lauf des Krieges zum deutschen Wehrdienst eingezogen wurden und bis zum 1. März 1948 nicht heimgekehrt waren. Die Liste sei das Ergebnis einer von der französischen Regierung angeordneten offiziellen Zählung, die von den Verwaltungsbehörden der Departements Oberrhein, Niederrhein und Mosel durchgeführt worden war.

Nach allen bisherigen Erfahrungen biete – so das Resümee Veits – die Wehrmachtauskunftsstelle, die, wengleich mit wechselndem Personalstamm, von 1939 bis heute durchgehend gearbeitet habe, gute Chancen, wichtige Einzelfragen aufzuhellen und nicht zuletzt auch in der Zahlendiskussion weiterzukommen.

Kapitän z. S. Vladimir Galickij, Mitglied der Akademie für Militärwissenschaften und Dozent an der Akademie des Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation (ehemals KGB), erörterte in seinem Beitrag die Verlässlichkeit der Daten der verschiedenen sowjetischen Institutionen, die seit 1945 Zahlenangaben zu den Kriegsgefangenen in sowjetischem Gewahrsam gemacht haben. Er stellte fest:

1. Die Angaben des Generalstabs der Streitkräfte sind zu hoch angesetzt, da dort der Wunsch bestand, möglichst viele Gefangene vorzuweisen (Gemeldete Gesamtzahl am 7. Juni 1945: 3,849 Mio.).
2. Das Sovinformbüro als offizielles Propagandaorgan bediente sich im wesentlichen der Zahlen des Generalstabs und des militärischen Meldewegs (Gemeldet im Juni 1945: 3,777 Mio.).
3. Als die verlässlichsten müßten die Zahlen der (Haupt-)Verwaltung für Angelegenheiten von Kriegsgefangenen und Internierten (bis Januar 1945 UPVI/bis Juli 1951 GUPVI/danach wieder UPVI) des Innenministeriums (NKVD/MVD) gelten, da diese Institution direkt mit dem Gefangenenwesen befaßt war und für den Transport, die Unterbringung und Verpflegung sowie für den Arbeitseinsatz der Gefangenen Verantwortung trug (Im Juni 1945 angegebene Zahl : 3,024 Mio.).

Hinsichtlich der deutschen Gefangenen ging Galickij von den folgenden NKVD-Zahlen aus:

Wehrmachtsangehörige:	2 389 560	davon verstorben:	356 687
Internierte Zivilisten:	271 672	davon verstorben:	66 481
Summe beider Kategorien:	2 661 232	davon verstorben:	423 168

Da sie auf internen Unterlagen beruhe, könne diese Aufstellung als besonders zuverlässig gelten. Jedoch ergebe sich ein Problem hinsichtlich der nationalen Zuordnung der Kriegsgefangenen, die – so Galickij – vom NKVD erstmals im Jahre 1944 vorgenommen wurde. In den Statistiken fänden sich u. a. die folgenden Kategorisierungen:

- a) Kriegsgefangene der deutschen Armee (voennoplennye germanskoj armii),
- b) Kriegsgefangene Deutsche (voennoplennye nemcy),
- c) Deutsche Kriegsgefangene (nemeckie voennoplennye),
- d) Kriegsgefangene Deutsche deutscher Staatsangehörigkeit (voennoplennye nemcy graždane Germanii).

Generell sei anzunehmen, daß sich viele Wehrmachtsangehörige bereits bei ihrer Gefangennahme als „Nichtdeutsche“ deklariert oder später im Gefangenenlager, um irgendwelcher Vorteile willen, den Sowjetbehörden gegenüber eine andere Staatsangehörigkeit angegeben hätten. Die präsentierten Zahlen orientierten sich an der Staatsbürgerschaft (graždanstvo), d. h. nicht an der Volkszugehörigkeit (nacional'nost') der Betroffenen. Auch in diesem Punkt könnten die Unterlagen des NKVD als verlässlich gelten, da die Repatriierung der Kriegsgefangenen in ihr jeweiliges Herkunftsland zu erfolgen hatte.

Nicht berücksichtigt in der Zahl der Verstorbenen seien die von sowjetischen Militärtribunalen zum Tode Verurteilten (zwischen 1943 und 1946 insgesamt 66 Todesurteile in öffentlichen Verfahren sowie 182 verurteilte

Deutsche vor dem April 1943). Wie viele der insgesamt 1 909 596 zwischen dem 1. Juli 1946 und dem 1. Juli 1949 repatriierten deutschen Kriegsgefangenen noch auf dem Heimweg verstarben und inwieweit diese Toten statistisch erfaßt worden sind, sei unbekannt. (So seien von den letzten 9 626 deutschen Staatsbürgern, die im Herbst 1955 repatriiert werden sollten, noch 29 verstorben.)

Nach dem derzeitigen Ermittlungsstand kam Galickij zu folgenden Gesamtzahlen:

1. Wehrmachtsangehörige der unterschiedlichsten Nationalitäten einschließlich von Österreichern und zuzüglich der internierten Zivilisten: 2 817 914,
2. Repatriierte: 2 383 855,
3. Verstorbene (einschließlich der Hingerichteten): 434 059.

Zur Ermittlung der Zahl der Kriegsgefangenen wie der Internierten wurde – so Galickij – eine „Komplexmethode“ verwendet, die auf Statistiken, vergleichenden Analysen, den Methoden der demographischen Forschung sowie auf der „Content-Analyse“ (Stichprobenuntersuchung) beruhe. Dieses methodische Verfahren sei von Wissenschaftlern der Moskauer Staatsuniversität (Prof. Aleksandr Kwaša u. a.) entwickelt worden und habe Zahlen ergeben, die über den bisher angenommenen lägen. Ein endgültiges Ergebnis der Recherchen liege jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht vor.

Natal'ja Eliseeva, Mitarbeiterin des Russischen Staatlichen Militärarchivs, das u. a. die vollständige militärische Überlieferung der Sowjetstreitkräfte bis einschließlich 1940 verwahrt, verwies in ihrem Beitrag auf die besondere Bedeutung folgender Aktenbestände:

1. der Hauptverwaltungen des Innenministeriums (NKVD),
2. der Verwaltung für Rückwärtige Dienste der Roten Armee,
3. der Begleittruppen des NKVD für Gefangenentransporte.

In ihrem Referat ging sie vor allem auf die dritte Quellengruppe ein. Nachdem die Unterlagen der Begleittruppen (*konvojnye vojska*) bis 1991 selbst für russische Wissenschaftler kaum zugänglich waren, konnten sich Mitarbeiter des Militärarchivs erstmals 1992 – im Zusammenhang mit Nachforschungen über das Schicksal westallierter Kriegsgefangener – mit diesem Material beschäftigen. Gegenwärtig wird in Zusammenarbeit mit dem DRK eine Datenbank erstellt, die Informationen über jene Kriegsgefangene enthält, die auf dem Transportweg in die „inneren Lager“ verstorben sind.

Die Unterlagen der Begleitverbände sind nach den Ausführungen Eliseevas indes nicht nur lückenhaft, sondern auch sehr schematisch angelegt. Sie böten vor allem für die ersten Kriegsjahre nur prozentuale Veränderungsmeldungen gegenüber der vorhergehenden Berichtsperiode. Das Hauptpro-

blem sei jedoch, daß über die begleiteten Gefangenen in der Regel nur Gesamtzahlen vorlägen – ohne Aufschlüsselung nach der Art der Gefangenen (Kriegsgefangene, Internierte, deportierte Sondersiedler, Straftäter etc.) oder nach ihrer Nationalität bzw. Staatsangehörigkeit. Eine Ausnahme bildeten allenfalls Polen, die bei Kriegsende als Angehörige der Heimatarmee (Armia Krajowa) in NKVD-Gewahrsam geraten seien. Im übrigen habe sowohl hinsichtlich der Transportbedingungen als auch der Verpflegung und der allgemeinen Behandlung kein Unterschied zwischen den einzelnen Personenkategorien bestanden. Im angegebenen Zeitraum seien folgende vom NKVD begleitete Gefangenenkontingente verzeichnet:

Juni 1941 bis Mai 1942	Personen	davon Kriegsgefangene
	2 357 734	12 627 (1941) 118 380 (1942)
1943	2 379 813	400 591
1944	4 895 972	593 005

Für die letzten Kriegsmonate verschlechterte sich die Überlieferungslage allerdings erheblich, so daß nur bis Anfang 1945 Dokumente ermittelt werden konnten. Nach der Berechnung Eliseevas wurden bis zum 18. Februar 1945 insgesamt 1 996 192 Kriegsgefangene „begleitet“. Angesichts der Tatsache, daß die großen militärischen Operationen in der Endphase des Krieges zu diesem Zeitpunkt noch bevorstanden, könne man davon ausgehen, daß insgesamt rund drei Mio. Kriegsgefangene in die NKVD-Lager transportiert worden sind.

In der Regel bestand für die Begleittruppen die Anweisung, bei Sterbefällen während des Transports detaillierte Personenangaben zu erstellen, die in dreifacher Ausfertigung die Transportzugnummer, die Todesursache, den Sterbeort und die Begräbnisstätte verzeichneten. Leider seien die Angaben oft nicht in der geforderten Ausführlichkeit gemacht worden. Nicht selten finde sich nur die Zahl der Toten eines Transports. Oft stimme die angegebene Zahl der Verstorbenen nicht mit der der übergebenen Leichen überein. Verschiedene Berichte belegten, daß es infolge widriger Transportumstände per Bahn oder auf 200 bis 300 Kilometer langen Fußmärschen dramatische Sterberaten gegeben habe. Die Zustände waren – so Eliseeva – noch dadurch erschwert, daß das häufig aus den fernöstlichen oder mittelasiatischen Regionen der UdSSR stammende Begleittruppenpersonal die europäischen Verhältnisse kaum kannte und oft nicht einmal des Russischen mächtig war. Es gebe im übrigen etliche dokumentarisch belegte Beispiele dafür, daß Züge, die Gefangene transportierten, von Fliegern beschossen wurden, wobei bis zu 10 Prozent der Insassen den Tod fanden. Todesfälle bei Fluchtversuchen fielen, wie die folgende statistische Übersicht ausweist, zahlenmäßig kaum ins Gewicht:

	Geflohene	davon Festgenommene	Getötete und Verletzte
1942	195	127	68
1943	650	439	208
1944	1 144	809	182

Um ein vollständiges Bild von der Rolle der Begleittruppen des NKVD, der Zusammensetzung der von ihnen „begleiteten“ Personengruppen und der Gesamtzahl der Transporttoten zu gewinnen, bedürfe es, schon angesichts der Größenordnung dieser Daten, einer gründlichen und mit präzisen Fragestellungen operierenden Herangehensweise an das dokumentarisch-statistische Material. Hier sei noch sehr viel Arbeit zu leisten.

Alina Beljukova, Mitarbeiterin des Zentrums für die Rehabilitierung der Opfer politischer Repression und für Archivinformation im Innenministerium der Russischen Föderation, wies auf die Notwendigkeit archivalischer „Komplexarbeit“ auf vergleichender Grundlage hin. Dies betreffe vor allem die Unterlagen des Zentralarchivs des Innenministeriums der Russischen Föderation sowie des früheren Sonderarchivs, des heutigen „Zentrums zur Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen“ (Centr chraneni-ja istoriko-dokumenental’nych kollekcij). Die Bestände der Kriegsgefangenen- und Interniertenverwaltung (GUPVI) des NKVD wurden – so Beljukova – bereits 1956 in das Sonderarchiv überführt; allerdings verblieb ein großer Teil der Strafakten verurteilter Kriegsgefangener und Zivilisten im früheren Archiv des KGB. Eine vergleichende Untersuchung habe Daten von ca. 1 500 deutschen Kriegsgefangenen zutage gefördert, die in den Beständen des ehemaligen Sonderarchivs nicht zu ermitteln gewesen seien. Ein weiterer Vergleich habe gezeigt, daß beispielsweise von 75 im Lager verstorbenen kriegsgefangenen Deutschen in 17 Fällen (d. h. 23 Prozent) im Sonderarchiv die Daten fehlten. Während das „Hauptinformationszentrum des Innenministeriums der Russischen Föderation“ (GIC MVD RF) seine Forschungen intensiviert habe, seien auch die territorialen Organe des Innenministeriums und ihre lokalen Archive damit beauftragt worden, die archivalischen Unterlagen in ihren örtlichen Bereichen nach Angaben zu verstorbenen deutschen Kriegsgefangenen und Internierten durchzuforschen. Der im Jahr 1998 zwischen dem GIC und dem DRK unterzeichnete Kooperationsvertrag werde die Ermittlungsarbeit noch verstärken und helfen, weitere 15 000 derzeit noch unbekannte Schicksale aufzuklären.

Viktor Konasov, Dozent an der Pädagogischen Akademie in Vologda, legte den Schwerpunkt seines Beitrags auf zwei Aspekte: zum einen die Heftigkeit und den propagandistischen Charakter der internationalen Diskussion über die Kriegsgefangenenfrage im ersten Nachkriegsjahrzehnt, zum anderen den

manipulativen Umgang der Sowjetführung mit den Zahlen und ihre politisch-propagandistische Instrumentalisierung.²⁸

Grundsätzlich sei festzuhalten, daß die Zahlen des NKVD bzw. der „Hauptverwaltung für Angelegenheiten von Kriegsgefangenen und Internierten“ (GUPVI) aufgrund ihrer direkten Verantwortung für das Gefangenwesen noch am ehesten als verlässlich gelten könnten. Für die Kriegsjahre vor 1945 ließen sich jedoch Unstimmigkeiten in der NKVD-Gefangenenstatistik feststellen. So gab ein Bericht von NKVD-Chef Berija vom 26. Februar 1943 die Gesamtzahl der bis dahin registrierten Kriegsgefangenen mit 290 029 an, von denen 33 111 verstorben seien. Drei Monate später, am 1. Juni 1943, sprach die UPVI von 171 028 und ein dreiviertel Jahr später schließlich, am 1. März 1944, von 252 028 Personen – rund 40 000 weniger als in den Angaben vom Februar 1943. Die Zahl der Verstorbenen wurde nunmehr mit 146 743 beziffert (für den 1. Januar 1944 wurden 128 224 genannt). Durch organisatorische Veränderungen und besser geschultes Personal sei es jedoch gelungen, die Gefangenenstatistik spätestens seit Kriegsende verlässlicher zu machen.

Der manipulative Gebrauch der Kriegsgefangenenzahlen durch die politischen Stellen zeige sich – so Konasov – vor allem im Jahre 1947, als die sowjetische Nachrichtenagentur TASS am 14. März, zu Beginn der Moskauer Außenministerkonferenz, die Zahl von 1 003 974 repatriierten und 890 532 noch im Gewahrsam der UdSSR befindlichen Kriegsgefangenen bekanntgab. Tatsächlich rechnete das NKVD (zu diesem Zeitpunkt schon MVD) damals jedoch mit 785 975 Repatriierten und 988 287 Gefangenen. Zusammen mit 294 724 bis dahin Verstorbenen ergab das eine Gesamtzahl von 2 068 986 deutschen Kriegsgefangenen. Der damalige Außenminister Molotov habe jedoch, aus bisher nicht klar ersichtlichen Gründen, Stalin den Vorschlag gemacht, der Öffentlichkeit gegenüber die Zahl der Repatriierten um mehr als 200 000 zu hoch und die der in sowjetischem Gewahrsam Verbliebenen um knapp 100 000 zu niedrig anzugeben. Die Zahl der 1 939 063 Repatriierten, die TASS am 4. Mai 1950 meldete, ergab sich aus der Summe von 1 003 974 Repatriierten und 890 532 Gefangenen gemäß der März-Erklärung von 1947; hinzu kamen weitere 58 103 Personen, die laut TASS erst in den vergangenen drei Jahren als Deutsche identifiziert worden waren. Abgerechnet wurden 13 546 von sowjetischen Militärtribunalen verurteilte und zu jenem Zeitpunkt offiziell zurückgehaltene deutsche Wehrmachtsangehörige. Würde man die im März 1947 veröffentlichten Zahlen mit insgesamt 1 894 506 Kriegsgefangenen zur Grundlage nehmen, so ergäbe sich daraus, daß in den gut drei Jahren bis zum Mai 1950 kein einziger deutscher Kriegsgefangener – auch keiner der in der Zwischenzeit zusätzlich „entdeckten“ 58 103 – verstorben wäre (!). Die in der Mai-Erklärung von

28 Vgl. auch Konasov, Sud'by nemeckich voennoplennyh v SSSR. Ders. neuerdings: Sudebnoe presledovanie nemeckich voennoplennyh v SSSR.

1950 mitgeteilte Zahl von 13 546 verurteilten Gefangenen habe ebenfalls nicht der Wahrheit entsprochen und sei um ca. 2 500 zu niedrig angesetzt gewesen.

Konasov demonstrierte die nachträgliche „Umfrisierung“ der sowjetischen Gefangenenstatistik, indem er zwei Tabellen nebeneinander stellte: die internen NKVD-Zahlen vom März 1947, die den Ausgangspunkt für die TASS-Meldung vom 14. März d. J. gebildet hatten, und die Abschlußstatistik der Gefängnisverwaltung des MVD nach dem Ende der Repatriierungen im April 1956.

Kriegsgefangene im Gewahrsam der UdSSR								
	Gesamtzahl		Inhaftierte		Repatriierte		Verstorbene	
	März 1947	April 1956	März 1947	April 1956	März 1947	April 1956	März 1947	April 1956
Deutsche	2068986	2388443	988287	13	785975	2031743	294724	356687
Anderer	1148083	1097763	320404	27	633476	935943	194203	161793
Summe	3217069	3486206	1308691	40	1419451	2967686	488927	518480

Zusammenstellung: V. Konasov.

Die Übersicht vom April 1956 stellt keine Fortschreibung der Aufstellung vom März 1947 dar.

Ein Vergleich der Angaben in der Spalte der Verstorbenen weist aus, daß in den neun Jahren zwischen dem März 1947 und dem April 1956 insgesamt 29 553 Kriegsgefangene verstorben sind. Dem widerspricht allerdings die Zahl von 61 963 verstorbenen Deutschen, die sich aus derselben Spalte errechnen läßt. Die Differenz von 32 410 entspricht genau jener Zahl, um die die Anzahl der Verstorbenen anderer Nationalitäten reduziert worden ist.

Seine ursprünglichen Hoffnungen hinsichtlich der Brauchbarkeit der Unterlagen der NKVD-Begleittruppen seien – so Konasov abschließend – leider enttäuscht worden. Zur Ermittlung der Größenordnung der bisher unbekanntesten Sterbefälle der Kriegsjahre gäben sie wenig her, da sie die transportbegleiteten Gefangenenkontingente nicht hinreichend unterschieden.²⁹ Dennoch sollten die Forscher die bislang präsentierten Zahlen nicht als Schlußbilanz nehmen, sondern ihre Kräfte bündeln, um auf den bisher beschrittenen Wegen weiter voranzukommen.

29 Vgl. den Beitrag von Eliseeva, S. 22ff.

Manfred Blum, Leiter des Suchdienstes des DRK (Bonn), gab zunächst einen Einblick in die jahrzehntelange Suchtätigkeit des DRK und würdigte die seit Anfang der fünfziger Jahre bestehende Zusammenarbeit mit den sowjetischen bzw. russischen Rot-Kreuz-Gesellschaften. Diese Kooperation habe es ermöglicht, mit inzwischen rund 440 000 bearbeiteten Suchdienstanfragen des DRK in Moskau eine große Zahl von Schicksalen aufzuklären. Dennoch führe der Suchdienst noch heute, d. h. über ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende, von ehemals rund 2,5 Mio. Suchanträgen ca. 1,4 Mio. als unerledigt. Um so notwendiger sei es in den vergangenen Jahren gewesen, aus den unterdessen zugänglich gewordenen russischen Archiven, mit denen seit 1992 vielfach Kooperationsverträge bestünden, bisher unbekanntes Daten über Verschollene mit der über 60 Mio. Karteikarten zählenden zentralen Nachweiskartei des DRK in München abzugleichen. Kontaktpflege und Recherchen erstreckten sich nicht nur auf die wichtigsten Moskauer Archive, sondern ebenso auf das Archiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation in Podolsk, das Archiv der Militärmedizinischen Akademie in St. Petersburg, das Gebietsarchiv im karelischen Petrosavodsk sowie viele Regionalarchive. Darüber hinaus seien Verbindungen mit Archiven und Institutionen in mehreren Nachfolgestaaten der UdSSR geknüpft worden, so z. B. mit dem Archiv des Innenministeriums von Georgien, dem Ministerium für Nationale Sicherheit von Armenien und dem estnischen Zentralarchiv in Tallin.

Von großer Bedeutung für die Ermittlung weiterer Verschollenenschicksale sei der zwischen dem DRK und dem Föderalen Sicherheitsdienst der Russischen Föderation (FSD) am 31. März 1998 geschlossene Kooperationsvertrag. Er ermögliche die Übermittlung von 200 000 bis 300 000 Daten von „Deutschen und anderen ausländischen Bürgern, die während des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit von der sowjetischen Militärverwaltung und Organen der Spionageabwehr verhaftet wurden und für deren Ermittlungs- und Vorverfahren die Organe der sowjetischen Staatssicherheit zuständig waren“.³⁰ Die ersten CD-ROM seien inzwischen beim DRK-Suchdienst in München eingetroffen. Eine weitere wichtige Vereinbarung wurde – so Blum – wenige Tage später, am 2. April 1998, mit dem „Hauptinformationszentrum des Innenministeriums der Russischen Föderation“ (GIC) abgeschlossen. Sie betreffe Daten zu „Deutschen und Angehörigen der deutschen Wehrmacht, die während des Zweiten Weltkrieges und danach auf dem Gebiet der Russischen Föderation in Einrichtungen des Freiheitsentzugs und anderen Orten des Zwangsaufenthaltes, in der Verbannung und in Sondersiedlungen verstorben sind“. Mit dem GIC sei bereits zuvor vereinbart worden, die 89 russischen Regionalarchive anzuschreiben, um Auskünfte über dort gegebenenfalls vorhandene Unterlagen über Deutsche zu erbitten. Ende März 1998 hätten bereits 66 Archive geant-

30 Zitat laut Vertragstext.

wortet. Da die Auswertung noch andauere, lägen derzeit noch keine Einschätzungen über die Ergiebigkeit dieser Dokumente vor. Der Suchdienst des DRK werde, so Blums Resümee, in Kooperation mit allen wichtigen Partnern seine Arbeit intensivieren, um durch eine möglichst rasche Aufklärung der Verschollenenschicksale und die Benachrichtigung der Angehörigen seine gleichermaßen erkenntnisfördernde wie humanitäre Aufgabenstellung zu erfüllen.

Klaus Mittermaier, Leiter der DRK-Suchdienststelle (München), betonte, daß sich die historische Wissenschaft um der Wahrheitsfindung willen nicht nur auf archivalisch dokumentierte Zahlen konzentrieren dürfe, sondern auch „inoffizielle“ Zahlen wie diejenigen, die sich aus den Suchmeldungen des DRK ergäben, zur Kenntnis nehmen müsse. Im Jahr 1950 hatte die Bundesregierung dazu aufgerufen, alle noch nicht Zurückgekehrten namentlich zu melden. Das Ergebnis des Aufrufs schlug sich in folgenden Zahlen nieder:

Wehrmachtsverschollene insgesamt:	1 765 818
inzwischen abgeschlossene Fälle:	560 865
bis Ende 1997 unerledigte Fälle:	1 204 953

Der weitaus größte Teil dieser Verschollenen sei im sowjetischen Gewahrsamsbereich zu suchen, wobei die Zahl der Vermißten tatsächlich eher noch höher zu veranschlagen sei als die Zahl der vermißt Gemeldeten. Ähnlich wie bei den Zivilverschollenen seien vermutlich viele Personen auf dem Weg von der Gefangennahme zur amtlichen Registrierung verstorben.

Speziell zur Kriegsgefangenenfrage verwies Mittermaier auf das in langjährigen Recherchen des Suchdiensts erstellte Lagerarchiv, das Informationen über nahezu alle sowjetischen Lager enthalte. Insgesamt biete es, nach Gewahrsamsländern gegliedert, Daten zu über 10 900 Haft- und Internierungsstandorten und bilde die Grundlage für wichtige Publikationen wie das Upravlenien-Verzeichnis der sowjetischen Kriegsgefangenenlager,³¹ die Arbeiten von Kurt W. Böhme³² sowie andere Einzelstudien der Maschke-Kommission. Zu den wichtigsten Lagern wurden sogenannte Lagerspiegel mit Angaben zur geographischen Lage, zu Belegungsstärke, Nebenlagern, Arbeitskommandos etc. erarbeitet. Wenngleich die Informationen von höchst unterschiedlicher Dichte und Aussagekraft seien, so biete das Lagerarchiv mit seinen Lagerspiegeln für die historische Forschung doch wertvolles Material, das, stärker als bisher geschehen, der wissenschaftlichen Aufmerksamkeit bedürfe.

Die anschließende Diskussion kreiste vor allem um die Frage nach dem Zeitpunkt der Registrierung sowie der Aufschlüsselung der Wehrmachts-

31 Siehe dazu die interne Publikation des Suchdienstes: Zur Geschichte der Kriegsgefangenen im Osten.

32 Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand.

kriegsgefangenen nach ihrer nationalen Zugehörigkeit in der sowjetischen Statistik. *Vladimir Galickij* wies darauf hin, daß das NKVD ursprünglich bereits in den Armee-Sammelpunkten hinter der Front mit der Registrierung der Gefangenen begonnen habe. Dies habe sich in der zweiten Jahreshälfte 1943 geändert, da man die Gefangenen jetzt möglichst schnell aus der Kampfzone entfernen wollte, so daß die Registrierung von diesem Zeitpunkt an erst in den rückwärtigen Stammlagern erfolgt sei. *Günther Wagenlehner* bezweifelte nachdrücklich die genannte Zahl von 23 000 „Franzosen“ unter den Wehrmachtsgefangenen; ihm selbst seien schon jetzt die Namen von mindestens 32 000 bekannt. Diese Differenz sei um so erstaunlicher, als die Daten aus denselben Archivbeständen gewonnen worden seien.

2.2 Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam

Sergej Osipov, Stellvertreter des Vorsitzenden der Kommission für Kriegsgefangene, Internierte und Vermißte beim Präsidenten der Russischen Föderation, wies auf die doppelte Tragik der sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland hin, die zu Opfern der totalitären Systeme in beiden Ländern wurden. Die Rücksichtslosigkeit und Gleichgültigkeit des Stalin-Regimes ihnen gegenüber sei ein Teil ihrer Leidensgeschichte. Es sei sicher kein Zufall, daß von den einst in Deutschland gefangengehaltenen Soldaten der Sowjetarmee heute mit ca. 49 000 nur noch etwa ein Hundertstel am Leben sei, während von den übrigen Kriegsteilnehmern mit rund einer Million immer noch ein Zehntel lebe. Die Russische Föderation unternehme seit Jahren große Anstrengungen, um auf gesetzlichem Wege ihre Kriegsteilnehmer und Kriegsgefangenen zu ihrem Recht kommen zu lassen, unrechtmäßig erlittene Verfolgung in den Nachkriegsjahren wiedergutzumachen und im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten auch die materiellen Ansprüche der Betroffenen zu berücksichtigen.

Oberst Valerij Filippov, kommissarischer Leiter des militär-historischen Zentrums der Russischen Föderation, schilderte zunächst die Geschichte der verschiedenen militärwissenschaftlichen Kommissionen, die sich in den Nachkriegsjahren der statistischen Ermittlung der sowjetischen Kriegsverluste widmeten. Den Anfang machte in den Jahren zwischen 1946 und 1968 eine Kommission unter der Leitung des damaligen Chefs des Generalstabes, Armeegeneral Štemenko, deren Ergebnisse jedoch geheim gehalten wurden. Eine weitere Generalstabskommission unter Armeegeneral Gareev setzte die Arbeit in den Perestrojka-Jahren 1987/88 fort. Auf ihren Ergebnissen basieren die Angaben, die Armeegeneral Mojseev im März-Heft des *Voenno-Istoričeskij Žurnal* (Militärgeschichtliches Journal) von 1990 gemacht hat. Hier wurde für die „unwiederbringlichen“ (*bezvozvratnye*) Verluste unter den Militärangehörigen in den Jahren 1941 bis 1945 eine Zahl von

8 668 400 Personen genannt.³³ Eine detailliertere Untersuchung auf der Grundlage der Unterlagen des Generalstabs unternahm Anfang der neunziger Jahre eine Kommission unter dem Vorsitz von Generaloberst Krivosheev.³⁴ Die Ermittlung der Zahl der Kriegsgefangenen unter den Gesamtverlusten der Armee stoße auf vielfältige Schwierigkeiten, da sich in den Verlustmeldungen der Truppenverbände, den Generalstabsmeldungen, im Meldeweg des militärmedizinischen Diensts oder in den Unterlagen der Kaderverwaltung allenfalls indirekte Hinweise darauf finden ließen. Ohne Zweifel gab es im Zusammenhang mit den Kesselschlachten im Sommer und Herbst 1941 sehr hohe Gefangenenzahlen; wie die Archivunterlagen zeigten, seien viele Rotarmisten auch freiwillig in Kriegsgefangenschaft gegangen. Allerdings müßten die auf der Basis der deutschen Dokumente aus der Kriegszeit allgemein gehandelten Zahlen von 5,2 bis 5,7 Mio. als deutlich überhöht angesehen werden. Das gelte insbesondere für die 2,561 Mio. Kriegsgefangenen, die deutschen Angaben zufolge allein im Jahr 1941 gemacht worden sein sollen. Hier müsse eine erhebliche Anzahl von Personen mitgerechnet worden sein, die zum Zeitpunkt ihrer Gefangennahme formal nicht Angehörige der Streitkräfte gewesen seien und deren Verschwinden demzufolge keine Verlustmeldung beim Generalstab verursacht habe. Dabei handle es sich vornehmlich um Angehörige ziviler und halb-militärischer Formationen, wie Behördenmitarbeiter, Volksaufgebote, Arbeiterbataillone, Milizverbände, Partisanen, die örtliche Luftverteidigung sowie Reservisten bzw. gerade erst Einberufene, die von der deutschen Seite allesamt als Kriegsgefangene gezählt wurden. Vor allem die nach der großen Kiever Kesselschlacht vom September 1941 veröffentlichten Gefangenenzahlen zeigten dies auf. Während die Deutschen offiziell von 665 000 Gefangenen sprachen, habe der nominelle Gesamtbestand aller Truppen der Südwestfront nur 627 000 Soldaten betragen, von denen rund 150 000 der Einschließung entkommen seien. Im Jahre 1943 habe die deutsche Seite praktisch alle männlichen Personen im Alter zwischen 16 und 55 Jahren, die in der Gefechtszone angetroffen worden seien, in Kriegsgefangenenlager verbracht.

Wie sehen nun die russischen Zahlen aus? Durch Archivadokumente sind – so der Referent – folgende Zahlen belegt: Militärangehörige: 4,559 Mio. (einschließlich Verwundeter und Kranker in Lazaretten), zuzüglich ca. 0,5 Mio. Reservisten. Letztere befanden sich laut Filippov z. T. als frisch Einberufene, mit ihrem Gestellungsbefehl in der Tasche, auf dem Weg zu ihren Truppenverbänden, als sie vom Kriegsausbruch überrascht wurden. Sie hätten weder Waffen noch Uniformen bzw. militärische Rangabzeichen getra-

33 Cena pobedy. In: Voenno-Istoričeskij Žurnal 3/1990.

34 Ihre Resultate wurden in dem 1993 publizierten statistischen Sammelwerk „Grif sekretnosti snjat“ veröffentlicht. Englische Übersetzung: Krivosheev (Hg.), Soviet Casualties and Combat Losses in the Twentieth Century.

gen und noch nicht unter Kommando gestanden. Somit werde man die Gesamtzahl der Gefangenen mit etwas über 5 Mio. angeben können. Jedoch dürfe man nicht alle Personen, für die keine Verlustmeldungen existierten und die nach Abschluß der Kämpfe bei ihren Truppenverbänden nicht mehr auftauchten, d. h. generell als vermißt gezählt wurden, zu jenen rechnen, die in Kriegsgefangenschaft gegangen seien. Später habe sich erwiesen, daß rund 450 000 bis 500 000 von ihnen bereits auf dem Schlachtfeld oder kurz darauf an den Folgen schwerer Verwundung verstorben seien.

Ein großer Teil sowjetischer Kriegsgefangener sei auf dem Transport von der Front in die Stammlager im Reich oder anderswo zu Tode gekommen. Verschiedenen Angaben zufolge gab es hier 200 000 bis 250 000 Tote – eine sicherlich viel zu niedrige Zahl. Des weiteren sei auf gezielte Vernichtungsaktionen in bestimmten Lagern mit extrem hoher Sterblichkeit zu verweisen; genannt wurde das Beispiel des Lagers Nr. 352 bei Minsk. Eine der Hauptursachen für das Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen war der Hunger. Alles in allem seien die deutschen Zahlenangaben halbwegs realistisch – unter der Voraussetzung, daß sie einen erheblichen Anteil an Zivilpersonen mit einschließen.

Christian Streit, Historiker (Heidelberg), ging in seinem Vortrag auf die politische Brisanz und die außerwissenschaftlichen Implikationen ein, mit denen das Thema der sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam bis heute behaftet ist.³⁵ Die Kontroversen entzündeten sich – so Streit – jedoch auch an der sehr lückenhaften Aktenüberlieferung und an den spärlichen statistischen Daten, die zur Verfügung stünden. So sei im frontnahen OKH-Bereich erst zum 1. Januar 1942 befohlen worden, den Verbleib der Gefangenen und die Todesfälle zu melden; eine karteimäßige Registrierung der Gefangenen im Operationsgebiet gemäß OKH-Befehl gab es sogar erst seit 25. Oktober 1942.

Zur Frage, wie viele sowjetische Bürger als Kriegsgefangene in deutsche Hand geraten seien, kursierten in der Forschung vier Zahlen:

1. Eine „Nachweisung des Verbleibs der sowjetischen Kriegsgefangenen“ der Organisationsabteilung des Chefs des Kriegsgefangenenwesens im OKW; sie gibt für den 1. Mai 1944 eine Gesamtzahl von 5 163 381 Gefangenen an.
2. Eine Aufstellung der Abteilung Kriegsverwaltung des Generalquartiermeisters des Heeres vom 8. Januar 1945; sie nennt für den 31. Dezember 1944 5 231 057 Gefangene (offensichtlich die Fortschreibung der Zahl vom Mai 1944 um weitere 67 000 Gefangene).
3. Eine Aufstellung der Abteilung Fremde Heere Ost (FHO) im Generalstab des Heeres vom 20. Februar 1945; sie beziffert die bis zum 31. Januar 1945 „eingebrachten“ sowjetischen Gefangenen mit 5 743 528.

35 Vgl. die jüngste Neuauflage des Standardwerks: Streit, Keine Kameraden.

4. Eine Studie des Feldwirtschaftsamts im OKW über die verbliebene Kampfkraft der Roten Armee vom 20. Januar 1945. Mit Berufung auf den Chef des Kriegsgefangenenwesens wird hier eine Gesamtzahl von 5,6 Mio. gefangenen Soldaten genannt.

Diese Zahlen stammten allesamt aus Akten, die als „geheim“ oder gar als „geheime Kommandosache“ geführt wurden; sie als propagandistisch abzutun, wie das heute russische Historiker, z. B. die schon erwähnte Krivošeev-Kommission, täten, sei nicht gerechtfertigt. Unübersehbar ist die Lücke von mehr als einer halben Million Gefangenen zwischen der FHO-Angabe vom 20. Februar 1945 und der Generalquartiermeister-Aufstellung vom 8. Januar 1945. Die Entstehung dieser Differenz sei wegen der Lückenhaftigkeit der Überlieferung beider Abteilungen von den Akten her nicht zu klären. Hier könnten nur Plausibilitätsbetrachtungen weiterhelfen. Eine bereits am 25. Dezember 1941 vom Generalquartiermeister des Heeres anhand festgestellter Fehlmeldungen vorgenommene Korrektur von 3,8 auf 3,35 Mio. sei offenbar von der FHO nicht nachvollzogen worden. Dies beruhe wohl nicht auf einem Versehen, sondern müsse aus bestimmten Gründen erfolgt sein, da der FHO die niedrigeren Zahlen durchaus bekannt waren. Aus dem gesamten Aktenzusammenhang sei zu vermuten, daß man dort der Ansicht war, bei diesen angeblichen Fehlmeldungen handle es sich um tatsächliche Verluste, etwa Transporttote, für die niemand die Verantwortung übernehmen wollte. Deshalb plädierte Streit nochmals für die Gesamtzahl von über 5,7 Mio. Gefangenen.

Zur Anzahl der in der Kriegsgefangenschaft verstorbenen Sowjetbürger seien angesichts der Quellenlage keine exakten Berechnungen, sondern allenfalls Schätzungen möglich. Entscheidend sei, welche Gesamtzahl der Gefangenen man zugrunde lege. Gehe man davon aus, daß dies mehr als 5,7 Mio. gewesen seien, so könne man folgende Gruppen herausrechnen:

1. die Anfang 1945 in den Kriegsgefangenenlagern gemeldeten 930 287 Gefangenen;
2. die amtlich Entlassenen (bis zum 1. Mai 1944 im OKH- und OKW-Bereich 816 230 Personen) sowie weitere knapp 200 000 bis zum Kriegsende Entlassene, insgesamt also ca. 1 000 000 Personen;
3. die Geflohenen bzw. von der Roten Armee Befreiten, deren Zahl von der FHO im Dezember 1944 auf etwa 500 000 Mann geschätzt wurde.

Dies ergebe eine Opferzahl von ca. 3,3 Mio. Berechnungen anderer Autoren, wie z. B. von Alfred Streim, gehen von einer Mindestzahl von 2,545 Mio. Verstorbenen und Exekutierten aus.³⁶ Dem revisionistischen bis rechtsradikalen Lager zugehörige Autoren nennen noch deutlich niedrigere Opferzahlen, ohne indes ihre Berechnungsgrundlagen darzulegen. Solchen Ten-

36 Vgl. Streim, Sowjetische Gefangene in Hitlers Vernichtungskrieg, S. 174-178.

denzen komme – so Streit – bedauerlicherweise das von der Krivošeev-Kommission vorgelegte statistische Sammelwerk „Grif sekretnosti snjat“ entgegen, indem es nur die Militärangehörigen im engeren Sinne als Kriegsgefangene betrachte und die Zahl der Umgekommenen mit weniger als 1,7 Mio. beziffere.³⁷ Die Ausgliederung von Sonderformationen ziviler Behörden, Milizionären, Volkswehr- und Arbeiteraufgeboten sowie von Wehrerfaßten, die noch nicht zur Truppe gestoßen waren, im Jahr 1941 jedoch einen erheblichen Anteil unter den Gefangenen bildeten, sei abzulehnen.

Abschließend ging Streit nochmals auf die Definitionsfrage ein. Im Unterschied zu den relativ eng gefaßten sowjetischen Bestimmungen von 1941 hätten die grundlegenden Erlasse der Wehrmacht zur Behandlung von Kriegsgefangenen keinerlei Definition dieser Personengruppe enthalten. Leitender Gesichtspunkt sei vielmehr, gemäß einem Befehl des Heeresoberbefehlshabers von Brauchitsch, „der Gedanke der unbedingten Sicherheit für den deutschen Soldaten“ gewesen. Dies habe auch die Praxis der Wehrmacht im Operationsgebiet gezeigt. Für sie verlief die Grenze nicht zwischen Uniform- und Nichtuniformträgern, sondern zwischen den Uniformträgern plus den für gefährlich gehaltenen Zivilisten einerseits und den für ungefährlich erachteten Zivilisten andererseits. Dieser Logik folgend, habe das OKH schon am 1. Juli 1941 befohlen, umherziehende Zivilisten als Kriegsgefangene zu behandeln. Die Tendenz, immer mehr Gruppen von Zivilisten zu Kriegsgefangenen zu machen, sei für die Vorgehensweise der Wehrmacht charakteristisch gewesen. Es könne daher nicht angehen, daß Personengruppen, die von der Wehrmacht als Kriegsgefangene gezählt und behandelt worden seien, bei der Feststellung der Opfer ausgegrenzt würden.

Reinhard Otto, Historiker (Lemgo), nahm die auf Mahnmalen und Denkmälern verzeichneten Opferzahlen in verschiedenen Gedenkstätten ehemaliger Kriegsgefangenenlager für Sowjetsoldaten zum Ausgangspunkt seines Vortrags – wie Fallingb.-Oerbke (30 000–40 000), Bergen-Belsen (50 000), Senne (65 000) und Hemer (über 20 000, von denen nur 702 namentlich bekannt sind).³⁸ Es handele sich dabei – die Beispiele ließen sich beliebig vermehren – um durchweg kaum vorstellbar große und auffällig gerundete Zahlen. Bisher habe es fast als stillschweigend akzeptiertes Dogma gegolten, daß diese Toten namenlos bleiben müßten, da gerade das Massensterben der Jahre 1941/42 nur in seltensten Fällen bürokratische Spuren hinterlassen habe. So habe die deutsche Führung noch Ende 1941 weder einen hinreichend genauen Überblick über die Zahl ihrer Gefangenen noch über das Ausmaß der Todesfälle besessen.

37 Die Krivošeev-Kommission bezifferte die Zahl der nicht aus der Gefangenschaft zurückgekehrten, einschließlich der „in andere Länder emigrierten“ Militärangehörigen mit 1 783 300. Siehe Grif sekretnosti snjat, S. 131.

38 Vgl. Keller/Otto: Das Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen. Vgl. auch Otto, Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42.

Dieser Annahme muß jedoch nach Ansicht des Referenten zumindest für das Reichsgebiet widersprochen werden, denn die Befehlslage sei hier eindeutig und unmißverständlich gewesen. Die Heeresdienstvorschrift 38/5 „Dienstanweisung für den Kommandanten eines Kriegsgefangenen-Mannschafts-Stammlagers“ von 1939 verlangte, sämtliche Gefangenen unmittelbar nach ihrem Eintreffen im Stammlager zu erfassen und ihnen, entsprechend der Reihenfolge ihrer Einlieferung, eine Nummer zuzuweisen. Diese wurde, zusammen mit der Bezeichnung des registrierten Lagers, in eine Erkennungsmarke eingestanz und identifizierte von diesem Zeitpunkt an jeden einzelnen Gefangenen für die gesamte Dauer seiner Gefangenschaft. Um Mißbrauch auszuschließen, verfügte das OKW ferner, auch im Todesfall die einmal ausgegebene und in die Gefangenenkartei eingetragene Nummer nicht wiederzuverwenden.

Es liege kein einziger Befehl vor, der eine Registrierung sowjetischer Gefangener untersagt hätte. Im Gegenteil sei vielmehr immer wieder ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß bei sowjetischen Staatsbürgern ebenso zu verfahren sei wie bei allen anderen Nationalitäten. Der einzige Unterschied bestand – so Otto – in der Einführung einer grünen vierteiligen Karteikarte, die der Gefangene selbst ausfüllen mußte und die sodann an die WAST gesandt wurde. Auch die Todesfälle wurden registriert. Wegen der hohen Zahl der Todesfälle verfügte das OKW im Herbst 1941 eine Vereinfachung des Verwaltungsgangs und der Friedhofspflege, ohne jedoch die Grundsätze der genauen Registrierung der Toten und ihrer Grablagen aufzugeben. Lediglich auf die Beurkundung der Sterbefälle durch die zivilen Standesämter, wie das deutsche Recht sie auch für Ausländer forderte, wurde ab März 1942 verzichtet. Das Massensterben 1941/42 habe die Wehrmachtsbürokratie indes überfordert und zu einem viele Monate andauernden „Meldungsstau“ bei den Todesfällen geführt, der allerdings spätestens bis zum Frühjahr 1943 abgearbeitet worden sei. Auch dies wäre als ein Beleg für die Gründlichkeit der Bearbeitung zu nehmen.

Den endgültigen Beweis für die korrekte Buchführung lieferten die Unterlagen der WAST selbst, die, 1943 von Berlin ins thüringische Meiningen ausgelagert, bei Kriegsende den amerikanischen Truppen in die Hände fielen. Die US-Truppen übergaben sie, einschließlich der die sowjetischen Kriegsgefangenen betreffenden Karteien und Listen, der Roten Armee. Seitdem befinden sich diese Unterlagen fast vollständig im Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums in der südlich von Moskau gelegenen Stadt Podolsk. Neben den Personalkarten fanden sich dort auch sämtliche sonstigen Unterlagen, die im Todesfall von den Stammlagern an die WAST abgegangen seien: Zu- und Abgangslisten, Lazarett- und Totenbücher, Lazarettkarten, Sterbefallanzeigen sowie die erwähnten grünen Karteikarten. Stichproben zu einzelnen Gefangenenlagern in Deutschland hätten gezeigt, daß die bisher sowohl in der Wissenschaft als auch im öffentlichen Gedächtnis veran-

kerten Todeszahlen z. T. deutlich nach unten korrigiert werden müßten. Einige Beispiele mögen diese These illustrieren:

1. Bergen-Belsen (Kriegsgefangenenlager)

Vergabe der höchsten registrierten Grabnummer (19 559) am 8. Januar 1945. Auflösung des Lagers am 15. Januar 1945 – Todeszahl gemäß der Aufschrift auf dem örtlichen Denkmal: 50 000.

2. Hemer (Russenfriedhof II)

Höchste festgestellte Grablegenummer (2 502) am 15. Dezember 1944. Befreiung des Lagers: Mitte April 1945. – Die behördliche Auskunft nennt 20 000 Bestattete.

3. Lager Senne

Letzter registrierter Sterbefall am 10. März 1945 unter der Nr. 14 684. Befreiung des Lagers: Anfang April 1945 – Offizielle Totenzahl laut Denkmal: 65 000.

Im letzten Fall ergab sich die Zahlenangabe in der Inschrift zum Gedenken an die verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen aus der Mittelwertbildung zweier divergenter Schätzungen (30 000 und 100 000).

Zur Klarstellung betonte der Referent abschließend nochmals, daß sich alle Aussagen hinsichtlich der Registrierung von Kriegsgefangenen ausdrücklich auf das Reichsgebiet bezögen, also weder auf das Generalgouvernement noch auf die Territorien der beiden Reichskommissariate Ostland und Ukraine, noch auf das OKH-Operationsgebiet. Daß es dort, vor allem in den Herbst- und Wintermonaten der Jahre 1941 und 1942, zu einem größtenteils unregistrierten Massensterben von Kriegsgefangenen gekommen sei, bleibe unbestritten. Für das Reichsgebiet und seine Lager lohne jedoch in jedem Fall die gemeinsame Erfassung der Podolsker Unterlagen und derjenigen der WAST. Dadurch könne vermutlich der Verbleib nahezu sämtlicher im Reich verstorbener sowjetischer Kriegsgefangener ermittelt und ihr Schicksal der Namenlosigkeit entrissen werden.

Jörg Osterloh, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Instituts (Dresden), behandelte das Beispiel des Kriegsgefangenenlagers Zeithain in Sachsen, das als solches nur gut anderthalb Jahre, vom Sommer 1941 bis Anfang 1943, bestanden hat und anschließend bis zum Kriegsende als Kriegsgefangenen-Reservelazarett weitergeführt wurde.³⁹ Zeithain sei mit jenen angeblich 140 000 Toten, die die Sächsische Zeitung Ende Juni 1946 – wenige Tage vor dem sächsischen Volksentscheid über die Enteignung der „Kriegsverbrecher und Naziaktivisten“ – in einem großaufgemachten Artikel unter dem Titel „Der Totenwald von Zeithain“ präsentiert hatte, in das öffentliche Gedächtnis eingegangen. Eine kurz darauf von der Sowjetischen Militäradministration für Sachsen eingesetzte Untersuchungskommission

39 Vgl. Osterloh, Ein ganz normales Lager.

unter Generalmajor Chorun, die bis Ende Oktober 1946 tätig war, ermittelte jene Zahlen, die bis vor kurzem noch die allgemein „gültigen“ waren. Aus den Unterlagen der Reichsbahndirektion Dresden über die nahe des Lagers gelegene Bahnstation Jacobsthal und einer Reihe anderer Aussagen hatte sie gefolgert, daß die Gesamtzahl der Kriegsgefangenen, die das Lager Zeithain passiert hätten, zwischen 150 000 und 200 000 Mann gelegen haben dürfte. Nach Abzug verschiedenster „Abgänge“ (ca. 35 000) kam die Kommission zu dem Ergebnis, daß „während der ganzen Zeit des Bestehens des Lagers Zeithain darin nicht weniger als 80 000 kriegsgefangene Sowjetbürger ums Leben gekommen“ seien. Nicht ausgeschlossen sei jedoch auch die Möglichkeit, „daß die Zahl der Toten an 150 000 heranreicht“. Bei den Ausgrabungs- und Exhumierungsarbeiten wurden in den aufgefundenen Massengräbern dagegen nur ungefähr 33 000 Leichname festgestellt.

Zunächst biete sich, so der Referent, für den Zeitraum von August 1941 bis Januar 1943 die Möglichkeit, die Angaben der Chorun-Kommission hinsichtlich der Belegung von Zeithain mit jenen der OKW-Statistik „Bestand an Kriegsgefangenen in den Mannschaftslagern im Reich“ zu vergleichen, die deutlich niedriger ausfielen. Des weiteren zeigten die im Lager ausgegebenen Erkennungsmarken, daß ab Ende Oktober 1941 Nummern über 28 000 ausgegeben wurden. Zehn Monate später, Ende August 1942, wurde die Registrierungsnummer 52 365 vergeben. Danach kann, schon wegen des Kriegsverlaufs, die Zahl der Kriegsgefangenen bis zum Jahresende nicht mehr erheblich gewachsen sein, so daß auf der Basis der Wehrmachtstatistik eine Zahl von 60 000 bzw. höchstensfalls 65 000 sowjetischen Kriegsgefangenen als gesichert anzunehmen sei, die zwischen Juli 1941 und Januar 1943 in Zeithain registriert worden waren. Eine sehr große, jedoch nicht genauer bestimmbare Anzahl von Kriegsgefangenen habe sich nur wenige Tage in Zeithain aufgehalten, ohne dort registriert worden zu sein. Für sie sei Zeithain lediglich Durchgangslager auf dem Weitertransport in andere Lager im Reichsgebiet gewesen. Ein erheblicher Teil dürfte direkt vom Bahnhof Jacobsthal aus die Weiterfahrt angetreten haben, was die hohe Zahl von ungefähr 143 000 zwischen August 1941 und Januar 1943 dort eingetroffener Personen erkläre. Das Kriegsgefangenen-Reservelazarett Zeithain beherbergte ab Februar 1943 nur noch kranke, verwundete und entkräftete Gefangene aus den Stalags und Arbeitslagern des sächsischen Wehrkreises (IV). Die Zahl der zwischen 1943 und dem Kriegsende durch das Lazarett geschleusten Gefangenen müsse spekulativ bleiben. Die von der Chorun-Kommission genannte durchschnittliche Belegung von 5 000 bis 10 000 Personen dürfte etwa der Realität entsprochen haben.

Auch die Vermerke in den Personalkarten und den „Abgangslisten“ erlaubten Angaben zur Zahl der in Zeithain Verstorbenen. Jeder Tote war hier mit einer laufenden Nummer verzeichnet. So lasse sich beispielsweise anhand der Personalkarte des sowjetischen Kriegsgefangenen Serjakov belegen, daß dieser am 28. Januar 1943 unter der Nummer 15 357 auf dem

„Russenfriedhof“ in der Parzelle 58, Block I, Reihe 3 beigesetzt wurde. Am 11. Januar 1944 registrierte die Lagerverwaltung den verstorbenen Gefangenen Surkov unter der Nummer 20 284. Diese Größenordnung habe später auch ein ehemaliger Lagerarzt bestätigt. Als Mitglied der Chorun-Kommission gab er in einem ersten Protokoll an, daß es bis Ende 1944 zu ungefähr 24 500 Todesfällen gekommen sei. Für die Spätphase des Lazaretts seien leider noch keine Listen bekannt. So bleibe festzuhalten, daß in Zeithain vermutlich etwa 30 000 sowjetische Kriegsgefangene ums Leben gekommen sind, was auch der Zahl der in den Massengräbern aufgefundenen Leichen entspreche.

Urs Veit, Leiter der Deutschen Dienststelle (Berlin), verwies auf die in der Deutschen Dienststelle noch vorhandenen Unterlagen der WAST aus den Kriegsjahren, die ebenfalls zur Klärung des Zahlenproblems einen Beitrag leisten könnten. So besitze das Kriegsgefangenenreferat der Dienststelle (Referat 3) einen Rest von ca. 360 000 Karteikarten jener Kriegsgefangenenkartei, die sich heute in Podolsk bei Moskau befindet. Von Bedeutung seien zudem die Lagerlisten-Meldungen, die vom 4. Mai 1941 regelmäßig an den Leiter der WAST in Berlin gegangen seien und auf denen die sowjetischen Kriegsgefangenen gesondert verzeichnet wurden. Die letzte bekannte dieser Lagerlisten datiere vom 4. Dezember 1944.

In der anschließenden Diskussion ging es vorrangig um die Frage, ob die vor allem in den Vorträgen von *Reinhard Otto* und *Jörg Osterloh* dargelegten Sachverhalte zu einer Revision der Gesamtzahl der sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland und damit auch der Zahl der Verstorbenen zwingen. *Christian Streit* verneinte die Notwendigkeit einer Revision seiner Zahlen aufgrund der gänzlich anderen Erhebungsgrundlage und bezweifelte im übrigen die Behauptung von der lückenlosen Registrierung der Gefangenen im Reichsgebiet. Allenfalls ergebe sich eine örtliche Verschiebung der Masse der Verstorbenen (insbesondere der Jahre 1941/42) aus den Lagern des Reichsgebiets in die Auffang- und Durchgangslager im Generalgouvernement und in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine sowie im militärverwalteten Fronthinterland. *Rüdiger Overmans* plädierte in einem kurzen quellenkritischen Koreferat zu *Streit* gegen die Zahlenangaben der FHO vom Februar 1945. Für sie seien die sowjetischen Kriegsgefangenen nur als ein Posten innerhalb der Verluststatistik der Roten Armee von Interesse gewesen; auch ansonsten habe die FHO in ihren Einschätzungen des öfteren „danebengelegt“. Wegen der unmittelbaren Sachzuständigkeit und dem damit verbundenen Zwang zu Sachmittelanforderungen sei der (um rund eine halbe Million niedrigeren) Zahl der Fachabteilung des „Chefs des Kriegsgefangenenwesens“ der Vorzug zu geben. Außerdem dürfe die Zahl der Verstorbenen nicht als „Restkategorie“ der übrigen Gruppen (Gefangenzahl, Heimkehrer) ermittelt werden, denn dies beinhalte die

Gefahr, daß sie die Fehler und Irrtümer der anderen Kategorien aufsummiere. Es bedürfe vielmehr einer unabhängigen Berechnung der Totenzahl, mit anderen Worten, einer eigenständigen inhaltlichen Konkretisierung dieser Kategorie innerhalb der Gesamtbilanz. *Vladimir Galickij* verwies schließlich noch auf die Möglichkeit von Doppelzählungen. So könnten z. B. frühentlassene Rotarmisten aus den Westgebieten der UdSSR später als Partisanen oder in anderer Eigenschaft von der deutschen Besatzungsmacht ein zweites Mal in Gewahrsam genommen worden sein. *Pavel Poljan* meldete hinsichtlich der für das Lager Zeithain mitgeteilten Opferzahlen Zweifel an. Dieses Lager sei im sowjetischen bzw. russischen Nachkriegsgedächtnis als ein ganz besonderer Ort des Schreckens in Erinnerung geblieben.

3. Die Zivilisten

3.1 Sowjetische Zivilisten in deutschem Gewahrsam

Pavel Poljan, Mitarbeiter der Akademie der geographischen Wissenschaften der Russischen Föderation, präsentierte in seinem Vortrag zwei Tabellen, die Personen betrafen, die als sowjetische Staatsangehörige im Laufe des Krieges „ins Ausland“ (nach Deutschland) gerieten.⁴⁰ In Tabelle 1 werden diese Personen verschiedenen Kategorien zugeordnet; Tabelle 2 verzeichnet ihr Schicksal bzw. ihren Verbleib unabhängig von dieser Zuordnung.

Tabelle 1: Sowjetische Staatsbürger im Ausland (1941–1945)

Kategorie	in Mio.	in Prozent
1. Kriegsgefangene	3,25	37,4
2. Ostarbeiter (vostočniki)	3,2	36,8
3. „Zapadniki“ (Sowjetbürger erst ab 1939/40)	0,9	10,3
4. Volksdeutsche und „Ingermanländer“ ⁴¹	0,35	4,0
5. Flüchtlinge und Evakuierte	1,0	11,2
6. Internierte Zivilpersonen	0,005	0,0
Gesamtzahl	8,7	100,0

40 Siehe die Monographie Poljan, *Žertvy dvuch diktatur. Ostarbajtery i voennoplennye v Treťem Rejche i ich repatriacija*.

41 Gemeint ist das „Leningrader Gebiet“ bzw. der Raum zwischen Estland und Karelien.

Tabelle 2: Sowjetische Staatsbürger im Ausland (Verbleib)

	in Mio.	in Prozent
1. Verstorben oder getötet	2,1	24,1
2. Repatriiert durch die Deutschen	0,15	1,7
3. Sowjetbehördlich repatriiert	5,35	61,5
4. „Selbstrepatriiert“	0,4	4,6
5. Im Ausland verblieben	0,7	8,1
Gesamtzahl	8,7	100,0

Die Zahlen der zweiten Tabelle entstammen den Unterlagen der von der Sowjetregierung im Herbst 1944 eingesetzten Kommission für die Repatriierung der eigenen Staatsbürger unter dem Vorsitz von Generaloberst Filip Golikov (Golikov-Kommission). Nach Ansicht Poljans können sie als besonders zuverlässig gelten, da diese Statistik sorgfältig geführt worden sei und als Grundlage für regelmäßige dreimonatige Sammelberichte „nach oben“ gedient habe. Zur Kategorie der „Ostarbeiter“ merkte der Referent an, daß die deutsche Statistik eine Zahl von 2,792 Mio. nennt.⁴² Die Lücke zu den von Alexander Dallin ermittelten Daten (3,2 Mio. Ostarbeiter) ergebe sich durch ca. 100 000 Verstorbene, rund 100 000 bis 150 000 als arbeitsuntauglich von den deutschen Behörden selbst Repatriierte sowie etwa 20 000 „Vertriebene“ aus der Zeit vom Juli bis August 1944. Hinzu seien noch die nach Finnland und Rumänien deportierten sowjetischen Zivilisten zu rechnen. Die Golikov-Kommission habe im März 1946 die Zahl der Ostarbeiter mit 4,794 Mio. angegeben. Die Außerordentliche Staatskommission zur Feststellung deutscher Besatzungsverbrechen, deren Statistik sich durch eine gute regionale Überprüfbarkeit auszeichne, habe 4,2 Mio. Ostarbeiter ermittelt, während von den sowjetischen Vertretern beim Nürnberger Prozeß noch fast 5 Millionen genannt worden seien. Angesichts dieser Differenzen gebe es nach wie vor einen Klärungsbedarf.

3.2 Deutsche Zivilisten in sowjetischem Gewahrsam

Vladimir Korotaev, stellvertretender Direktor des Zentrums für die Aufbewahrung historischer Dokumentensammlungen (früheres Sonderarchiv), war verhindert, so daß Pavel Poljan es übernahm, seinen Beitrag zu referieren. Korotaevs Thema waren jene vier Operationen der NKVD-Organen im Hinterland der eigenen Front, in deren Verlauf im letzten Kriegshalbjahr

⁴² Vgl. Dallin, *Deutsche Herrschaft in Rußland 1941-1945*, S. 465. Dazu aus neuerer Zeit: Müller, *Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft*.

unter der deutschen Bevölkerung massenhaft Verhaftungen und Internierungen vorgenommen worden waren. Diese Operationen seien zwar vorgeblich zur Sicherung des eigenen Hinterlandes und der rückwärtigen Dienste der kämpfenden Armee vor gegnerischen Spionen und Diversanten durchgeführt worden. Sie hätten jedoch einen ausgesprochen ökonomischen Hintergrund besessen, da ihr Zweck die zwangsweise Rekrutierung von Arbeitskräften für die sowjetische Volkswirtschaft gewesen sei.

Die erste dieser Operationen begann im Herbst 1944 auf dem Balkan und gliederte sich in 10 „operative Sektionen“, von denen allein sechs in Rumänien und je zwei in Ungarn und Jugoslawien aktiv waren. Bulgarien und der Slowakei wurden wegen der zu geringen Zahl an Deutschen keine eigenen operativen Sektionen zugewiesen. Das Ende der Operation war auf den 2. Februar 1945 angesetzt. Sie brachte mit ca. 112 000 „mobilisierten“ Personen der Gefangenenkategorie „G“ – die russischen Archivzahlen unterschieden sich hier kaum nennenswert – nur einen beschränkten Erfolg. Dies wurde u. a. damit begründet, daß sich die rumänischen Behörden nicht hinreichend kooperativ verhalten, die Regeln der Konspiration verletzt und viele ihrer deutschen Bürger rechtzeitig gewarnt hätten. Im Februar 1945 wurden erstmals „Reichsdeutsche“ zum Objekt einer solchen NKVD-Operation. Sie erfaßte vorrangig Deutsche aus dem Reichsgebiet östlich von Oder und Neiße, die gleichfalls zum Zweck der Zwangsarbeit „mobilisiert“ wurden und die Gefangenenkategorie „G“, für die allein die deutsche Volkszugehörigkeit maßgeblich war, verstärkten. Ihnen folgten die ebenfalls zumeist im Reichsgebiet ergriffenen deutschen Zivilisten, die als Amtsträger des NS-Regimes oder als anderweitig politisch Belastete in Haft genommen wurden. Sie bildeten die Personenkategorie „B“, der auch viele Polen aus den Reihen der „Heimarmee“ oder anderen antikommunistischen Organisationen zugeordnet wurden. Insgesamt sollen im Zuge dieser Aktion mehr als 300 000 Personen „interniert“ worden sein, darunter maximal 270 000 Deutsche, von denen rund 67 000 verstarben. Ein Teil der Internierten wurde noch 1945 wegen Arbeitsunfähigkeit entlassen.

Ralf Possekel, Historiker (Berlin), ergänzte die Angaben Poljans und listete die vier speziellen Operationen des NKVD gegen deutsche Zivilisten noch einmal systematisch auf.⁴³ In zeitlicher Reihenfolge waren dies:

1. die Operation vom Dezember 1944 bis zum Februar 1945 auf dem Balkan zur „Mobilisierung“ der deutschen Bevölkerung Rumäniens, Ungarns, Jugoslawiens und Bulgariens zur Zwangsarbeit (nach NKVD-Angaben: ca. 108 000–112 000 Personen);

43 Vgl. Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik. Eingeleitet und bearbeitet von Possekel, S. 42–49.

2. die Operation von Ende Januar bis Mitte April 1945 zur Deportation der deutschen arbeitsfähigen Bevölkerung aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße in die UdSSR (gemäß Berija: 97 487 Personen);
3. die per NKVD-Befehl Nr. 00 016 vom 11. Januar 1945 eingeleitete Operation zur „Säuberung“ des Hinterlandes der Roten Armee von verdächtigen und gefährlichen Elementen jeder Art (bis Mitte April 1945 gemäß Berija: 215 540 Personen, davon 138 200 Deutsche);
4. die Operation auf dem Territorium der SBZ zur Verhaftung ehemaliger NS-Funktionsträger gemäß dem NKVD-Befehl Nr. 00 315 vom 18. April 1945 (nach NKVD-Angaben: 157 837, davon 122 671 Deutsche).

Die Gefangenen aus den ersten beiden Operationen wurden gemäß dem NKVD-Befehl Nr. 00 101 vom 22. Februar 1945 als „mobilisierte Deutsche der Gruppe G“ bezeichnet, während die aus den Operationen 3 und 4 als „Gruppe B“ geführt wurden. Die Gruppe „G“ stellte gewissermaßen das Kontingent der „Reparationsverschleppten“ dar, d. h. jüngere, physisch gesunde Leute, deren Arbeitskraft als Reparationsleistung für die Sowjetunion ausgebeutet werden sollte. Die Verhaftungen nach Gruppe „B“ hatten eher einen politischen und sicherheitsdienstlichen Hintergrund. Auffällig ist die unterschiedliche Sterblichkeitsquote, die bei der Gruppe „B“ nahezu doppelt so hoch wie bei der Gruppe „G“ war. Die Zahlenangaben der ersten beiden Operationen seien faktisch Angaben über diejenigen, die in den jeweiligen Verwahrrorten, Arbeitslagern und Arbeitsbataillonen angekommen und registriert worden seien, so daß die Transporttoten und anderweitig (zu Montagearbeiten, Unterstützungsarbeiten für Truppenverbände der Roten Armee u. ä.) Eingesetzten noch hinzuzurechnen wären. Von den 138 200 in der dritten Operation erfaßten Deutschen seien ausweislich der NKVD-Statistik vermutlich 66 152 in Lager auf dem Territorium der UdSSR deportiert worden. Damit seien bis April 1945 ca. 235 687 deutsche Zivilisten innerhalb der Reichsgrenzen von sowjetischen Behörden festgenommen worden, von denen wiederum 163 639 (97 487 sowie 66 152 aus der zweiten und dritten Operation) in die Sowjetunion verbracht worden seien.

Über das Schicksal der nicht deportierten 72 048 Personen aus der dritten Operation lägen keine dokumentarisch gesicherten Erkenntnisse vor, so daß nur allgemeine Schätzungen möglich seien. Da bis Ende August 1945 rund 12 000 Personen der Gefangenengruppe „B“ in die Speziallager auf dem Boden der SBZ übernommen worden seien und weitere ca. 14 000 sich noch in Lagern und Gefängnissen Ostpreußens befunden hätten, könnte der Rest von rund 40 000 bis 45 000 Personen zwischen April und August 1945 aus dem NKVD-Gewahrsam entlassen worden sein. Dies bedeute freilich nicht, daß sie damit ihre Freiheit zurückerhalten hätten. Das Schicksal dieser Gruppe könne definitiv nur durch die „Mobilisierungsunterlagen“ der NKVD-Frontbevollmächtigten im Abgleich mit den Vermißtenzahlen des DRK ermittelt werden.

Die Gefangenen der vierten Operation stellten im wesentlichen das Speziallagerkontingent der Internierungslager auf dem Territorium der SBZ (Gruppe „SL“ innerhalb der Gruppe „B“). Von den 122 671 Deutschen wurden laut NKVD-Statistik 756 (offenbar im Zuge der Vollstreckung von Todesurteilen) erschossen. 42 889 Gefangene seien verstorben, was einer Todesrate von ca. 35 Prozent entspräche. Eine von Natalja Jeske vorgenommene kritische Überprüfung dieser Zahlen habe ergeben, daß von einer weit größeren Anzahl von Häftlingen auszugehen sei. Unter den rund 176 000 „Internierten“ hätten sich ca. 135 000 Deutsche (zusätzlich 5 900 „Mobilisierte“ und 7 200 aus polnischen Lagern Übernommene) befunden.⁴⁴

Somit ergebe sich für die im Reichsgebiet durchgeführten NKVD-Operationen 2, 3 und 4 folgendes Bild:

Gesamtzahl der verhafteten deutschen Zivilisten:

358 687 (= 97 487 „G“ + 138 200 „B“ + 135 000 „SL“ - 12 000 „B“)

davon verstorben:

88 732 (= 20 000 „G“ + 25 732 „B“ + 43 000 „SL“)

Die Speziallagerinsassen auf dem Territorium der SBZ setzten sich aus Nichtverurteilten, die mit ca. 103 000 die große Mehrheit bildeten, sowie ca. 24 000 durch Militärtribunale verurteilte Personen zusammen. Zu letzteren fehle leider bis heute der Einblick in die Unterlagen der vernehmenden und verhaftenden Organe auf dem Gebiet der SBZ, d. h. der operativen Sektoren des NKVD und ihrer Operativgruppen. Ebenso wichtig seien die Akten der sowjetischen Militärtribunale. Eine weitere, noch zu leistende Aufgabe sei die Aufhellung vieler unklarer Geschehnisse des Frühjahres 1945, worüber nur die Akten der NKVD-Frontbevollmächtigten Aufschluß geben könnten. Da noch viele Statistiken in russischen Archiven auf ihre Auswertung warten, seien die bislang vorhandenen Zahlen gewissermaßen als Wegweiser zu verstehen, die die Richtung anzeigen, in der weiter geforscht werden müsse.

Achim Kilian, Historiker (Weinheim), widmete sich als ehemaliger Häftling des sowjetischen Speziallagers Mühlberg den „Gewahrsamen“ der „Abteilung Speziallager und Gefängnisse“ des NKVD/MVD der UdSSR, jenen „Außenstellen des Archipel GULAG“ auf dem Territorium der SBZ bzw. DDR in den Jahren von 1945 bis 1950.⁴⁵ Die genannte Abteilung, die ab Mai 1945 bestand und ihre Tätigkeit mit dem Abschlußbericht vom 17. April 1950 beendete, betrieb in der SBZ insgesamt zehn mit den Ordnungsnummern 1 bis 10 gekennzeichnete sogenannte Speziallager, deren Zweck „in der völligen Isolierung der im Lager befindlichen Kontingente und in der Verhütung der Flucht“ bestand. Ihre Insassen bildeten das „Spezialkontingent“ - mehrheitlich Deutsche, aber auch Sowjetbürger und diverse Ausländer. Hinzu kamen drei mit den Ordnungsnummern 5 bis 7 versehene

44 Vgl. Jeske, Kritische Bemerkungen zu den sowjetischen Speziallagerstatistiken.

45 Vgl. Kilian, Stalins Prophylaxe. Maßnahmen der sowjetischen Sicherheitsorgane.

Gefängnisse. Mit Blick auf sämtliche NKVD-Gewahrsame müsse hervorgehoben werden, daß erst am 10. Mai 1945 mit dem NKVD-Befehl Nr. 00461 die administrativen Aufgaben der Lager und ihrer Kommandanturen fixiert wurden, wobei „ein bis zwei Mann zur Nachweisführung und Statistik abzustellen“ waren. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich in den Gebieten östlich von Oder und Neiße bereits mehr als zwei Dutzend Lager und Gefängnisse für inhaftierte und mobilisierte Zivilisten. Eines davon, das am östlichen Stadtrand von Warschau gelegene und großteils mit polnischen Armia Krajowa-Angehörigen belegte Lager Rembertów (Speziallager Nr. 1), wanderte Ende Juni 1945 westwärts, wobei das Spezialkontingent nach Posen, der Leitungskader nach Schwiebus verlegt wurde. Das neumärkische Städtchen war jedoch nur eine Zwischenstation auf dem Wege nach Mühlberg an der Elbe, wo im Sommer 1945 das Speziallager Nr. 1 in der SBZ entstand. Einige Speziallager hätten neben ihren Spezialkontingenten noch SMT-Verurteilte aufgenommen, die in der jeweiligen Lagerbuchführung separat vom Spezialkontingent geführt wurden. Zur Frage der Lagerbuchführung hatte der Leiter der Abteilung Speziallager, Oberst Sviridov, bereits im November 1946 kritisch angemerkt, daß sich bei der „operativen Erfassung der Verhafteten“ „große und unzulässige Mängel“ gezeigt hätten, weshalb die „daktyloskopische Erfassung der Häftlinge bis heute nicht abgeschlossen“ sei. Diese und andere Nachlässigkeiten ließen sich – so Kilian nach der Durchsicht der Unterlagen des Mühlberger Lagers für die Zeit vom Mai 1945 bis Februar 1949 – bestätigen. Die für den Abschlußbericht vom 9./10. Februar 1949 herangezogenen Revisionsbelege hätten u. a. moniert:

1. nachlässige und unvollständige Personalangaben in den Registrierungsunterlagen;
2. „aktenmäßig nicht vorhandene“ Personen;
3. insgesamt 2 566 in den Abschlußbericht aufgenommene Personen, für die keine Belege vorlagen. Außerdem gab es in der Zeit von Mai bis Juli 1945 „Austragungen von Abgängen ohne [...] Namenslisten und Belege für 2 468 Personen“;
4. doppelt gezählte Namen auf Deportationslisten, ebenso die Nichtzählung von tatsächlich Deportierten.

Von den insgesamt 72 vierzehntägigen Todesfall-Meldungen, die im Lager Mühlberg zwischen dem 13. Oktober 1945 und dem 28. September 1948 verfaßt wurden, seien nachträglich mindestens 43 Listen „im Eiltempo“ neu geschrieben worden, da Ende Oktober 1948 eine Revision „gravierende Unzulänglichkeiten“ ermittelt habe. So ergab eine Stichprobe insgesamt 65 Doppelnennungen von Verstorbenen in neun der 43 veränderten Listen, womit offenbar nachträglich Fehler in der Zu- und Abgangsrechnung des Lagers korrigiert werden sollten. Angesichts solcher Fehlerquellen könnten weder der Abschlußbericht des Speziallagers Nr. 1 noch die Berichte der NKVD-Abteilung Speziallager als statistisch zuverlässig gelten.

Fragwürdig sei auch die Grundlage des bereits erwähnten Abschlußberichts des Leiters der Speziallagerabteilung des NKVD/MVD vom 17. April 1950, der auf eine vom 15. Mai 1945 bis zum 1. März 1950 geführte Personenkartei Bezug nehme. Die Vollständigkeit dieser Kartei stehe bisher in Frage, insbesondere hinsichtlich der „Spezialkontingente“ und der Verurteilten, die ostwärts von Oder und Neiße erfaßt wurden und dort verblieben seien. Welche Häftlinge und Verurteilte – so müsse gefragt werden – bezog diese Kartei nicht ein, da gegebenenfalls bei der Speziallager-Abteilung für sie keine Karteikarte existiert habe? Gerade für die in den Ostgebieten gelegenen Lager und Gefängnisse, die vor ihrer Auflösung auch Kontingente aus den SBZ-Lagern aufgenommen hätten, gelte die Erkenntnis, daß eine lückenlose Erfassung der dort Inhaftierten niemals erfolgt sei und sich weder in Karteikarten noch in anderen Unterlagen dokumentiert fände. Anstelle eines Schlußwortes berichtete der Referent, für ihn selbst sei am 19. August 1950 vom MVD-Operativsektor Archangelsk (!) eine Karteikarte „Formular N° 1“ ausgefertigt worden; als langjähriger Mühlberg-Häftling komme er somit im Speziallager-Abschlußbericht wahrscheinlich gar nicht vor.

In der anschließenden Diskussion verwies *Rüdiger Overmans* auf die spärliche deutsche Literatur zum Thema der Zivilverschleppten aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße sowie verschleppter deutscher Volksgruppen aus Ost- und Südosteuropa. Danach müsse je Operation von rund 200 000 Verhafteten (insgesamt demnach ca. 800 000) ausgegangen werden, von denen etwa die Hälfte nach Hause zurückgekehrt sei.⁴⁶ Dies entspreche auch ungefähr der Suchdienstzahl von über 400 000 verschollenen Zivilisten. Hier gebe es ausweislich der von *Klaus Mittermaier* mitgeteilten Zahlen immer noch 166 000 ungeklärte Schicksale – eine Diskrepanz, die bislang im Raum stehe und von den Referenten nicht geklärt werden könne. Mittermaier vermutete viele unregistrierte Todesfälle schon bei der Gefangennahme. Dennoch seien die Angaben über die Gefangennahme von Zivilisten verlässlicher als bei den Soldaten, da die meldenden Angehörigen zumeist unmittelbare Zeugen der Geschehnisse gewesen seien. Er bezweifelte die wiederholt mitgeteilte Zahl von ca. 67 000 Verstorbenen und plädierte nachdrücklich dafür, daß von mindestens 300 000 verstorbenen Zivilisten auszugehen sei. *Manfred Blum* hielt es nicht für ausgeschlossen, daß es bei den Verschollenen auch „Karteileichen“ gegeben habe; doch könne wegen des ständigen Kontakts des Suchdienstes mit den Angehörigen die Größenordnung der stillschweigend, d. h. ohne Rückmeldung an das DRK, geklärten Fälle nur gering sein. *Ralf Possekel* wies nochmals auf die Bedeutung der

46 Vgl. u. a. den Erinnerungsbericht von Mitzka, *Meine Brüder hast du ferne von mir getan*, S. 31. Siehe auch das Zahlenwerk von Reichling, *Die deutschen Vertriebenen in Zahlen*. Teil 1, S. 33 sowie Nawratil, *Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten*, S. 46–52 und 91.

noch unausgewerteten Unterlagen der NKVD-Frontbevollmächtigten hin – einem entscheidenden Zwischenglied zwischen den Suchdienst-Verschollenen und den NKVD-Registrierten. Im übrigen müßten auch die zahlreichen spontanen Gewalttaten von Soldaten der Roten Armee an der deutschen Zivilbevölkerung vor allem in den Ostgebieten in den ersten Tagen und Wochen der Besetzung berücksichtigt werden. Viele der Betroffenen gälten noch heute als verschollen. *Pavel Poljan* verwies in diesem Zusammenhang auf die jüngst erschienene dreibändige Dokumentation über die Deportierung der Siebenbürger Sachsen.⁴⁷ Er sei überzeugt, daß die zahlenmäßigen Unstimmigkeiten auf die unklaren Personenkategorien und deren jeweilige Zuordnung zurückzuführen seien. Während *Achim Kilian* die Aufmerksamkeit der Historiker noch einmal auf die aufgezeigten Lücken und Unstimmigkeiten der sowjetischen Lagerstatistik lenkte, gab *Günther Wagenlehner* der Erwartung Ausdruck, daß der zwischen dem DRK und dem Russischen Föderalen Sicherheitsdienst abgeschlossene Vertrag vom 31. März 1998 auch auf diesem Gebiet zur Klärung beitragen werde.

4. Die von sowjetischen Militärtribunalen (SMT) verurteilten Deutschen

4.1 Verurteilte Kriegsgefangene

Günther Wagenlehner, Direktor des Instituts für Archivauswertung (Bonn), berichtete von seinen vielfältigen russischen Archivkontakten seit 1992 und den dort inzwischen in Gang gekommenen Auswertungsarbeiten.⁴⁸ Begonnen hatten sie mit dem Versuch, aus vielen Millionen Personalakten von Gefangenen aus dem ehemaligen Sonderarchiv die Verurteilten „herauszufischen“. Aufgrund der sowjetischen Aktenführung konnte dabei nicht zwischen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten getrennt werden. Da schon früh klar geworden sei, daß die Personalakten unvollständig waren, wurden auch die Bestände des zentralen MVD-Archivs (Innenministerium) und der Generalstaatsanwaltschaft (Hauptmilitärstaatsanwalt) ausgewertet.

Von den für die Verurteilungen wichtigen Normativedokumenten lägen inzwischen fast alle vor. Von ihnen seien speziell drei zu nennen:

1. der Kriegsgefangenenenerlaß des Rates der Volkskommissare vom 1. Juli 1941,
2. der sogenannte „Ukaz 43“ des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR vom 19. April 1943,
3. der Befehl vom 28. September 1949 über die Verurteilung nach „Ukaz 43“ über § 17 Strafgesetzbuch der RSFSR (Beihilfe).

47 Weber, Die Deportation von Siebenbürger Sachsen in die Sowjetunion 1945–1949.

48 Vgl. Wagenlehner, Vier Jahre Auswertung in den russischen Archiven.

Der Erlaß von 1941 bestimmte, daß gefangengenommene Wehrmachtsoldaten gegebenenfalls nach dem für sowjetische Militärangehörige geltenden Recht abzuurteilen wären, woraufhin über 5 000 Kriegsgefangene nach den Paragraphen 136, 192, 193 u. a. des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation (StGB) verurteilt worden seien. Der Ukaz 43 war die zentrale Rechtsvorschrift zur Aburteilung von Kriegs- und Besatzungsverbrechen deutscher Wehrmachtangehöriger. Der Befehl vom September 1949 bestimmte, daß Angeklagte, denen eine persönliche Schuld nicht nachzuweisen war, in Zusammenhang mit dem Ukaz 43 nach § 17 StGB als Mittäter verurteilt werden konnten. Damit sei die große Prozeßwelle vom Jahreswechsel 1949/50 eröffnet worden.

Die von der Maschke-Kommission für Anfang 1951 ermittelte Zahl von bis dahin rund 28 500 verurteilten Kriegsgefangenen hielt Wagenlehner für durchaus realistisch. Das gelte auch für die nach der sowjetischen internen Statistik zum Zeitpunkt der TASS-Erklärung vom 4. Mai 1950 noch inhaftierten rund 17 000 Verurteilten oder für die Zahl von 9 717 vom 1. September 1955. Es fehlten jedoch die frühen Fälle der ersten Kriegsjahre. Sie zu ermitteln sei nach den mit dem Staatlichen Russischen Archivdienst, dem Innenministerium und dem Föderalen Sicherheitsdienst Rußlands (FSD) abgeschlossenen Verträgen jetzt hoffentlich möglich. Allein die bereits erwähnte Vereinbarung des DRK mit dem FSD vom 31. März 1998 werde ca. 60 000 Registrierkarten zugänglich machen. Als die glaubhaftesten Zahlen würden derzeit die folgenden „gehandelt“:

- ca. 30 000 verurteilte deutsche Kriegsgefangene sowie
- ca. 50 000 verurteilte deutsche Zivilisten.

Nach der Schätzung des Referenten, die sich auf den gegenwärtigen Stand der Datenauswertung stützte, lagen die Verurteiltenzahlen etwas höher. Auszugehen sei von

- ca. 35 000 Kriegsgefangenen sowie
- ca. 55 000 Zivilisten.

Derzeit verfüge freilich niemand, auch nicht der FSD Rußlands, über gesicherte Zahlen. Es gebe im Moment nur Schätzungen. Genaueres könne erst nach der Übergabe der zusätzlichen 60 000 Gerichtsfälle gemäß dem Vertrag vom März 1998 gesagt werden.

Nikita Petrov, Mitarbeiter des wissenschaftlichen Informationszentrums „Memorial“ (Moskau), konzentrierte sich zunächst auf Fälle gerichtlicher und außergerichtlicher Repression gegen deutsche Kriegsgefangene in der ersten Hälfte des Krieges, d. h. in den Jahren 1941/42.⁴⁹ Ende 1941 befanden sich, offiziellen Zahlen zufolge, 22 000 Kriegsgefangene in sowjeti-

49 Vgl. Petrov, *Vnesudebnye repressii protiv voennoplennych nemcev v 1941–1946*. Vgl. auch ders., *Außergerichtliche Repressionen gegen kriegsgefangene Deutsche 1941 bis 1956*.

schem Gewahrsam, von denen jedoch nur rund 10 000 in den Lagern der GUPVI (zum damaligen Zeitpunkt noch UPVI) geführt wurden. Die Lücke von ca. 12 000 lasse die Schlußfolgerung zu, daß es außer der (G)UPVI noch eine andere Institution gegeben haben müsse, die sich mit Kriegsgefangenen beschäftigt habe. Bekanntlich seien nicht wenige Gefangene von der Front unmittelbar in das Untersuchungs- und Gerichtssystem des NKVD geraten – wie etwa abgeschossene Flieger oder andere, die in den „inneren Gefängnissen“ des NKVD verschwunden und dadurch gar nicht erst durch das reguläre Erfassungssystem der (G)UPVI gegangen seien. Leider sei es um die Gerichtsdokumentation für das Jahr 1941 schlecht bestellt. Viele Dokumente seien sowohl beim Rückzug 1941 als auch bei der Blockade Leningrads verlorengegangen oder erst rückwirkend im Jahr 1942 und später entstanden. Das Schicksal von sieben, 1942 ins innere NKVD-Gefängnis von Leningrad geratenen schwedischen Seeleuten, deren Verbleib in der Sowjetunion von offizieller Seite erst Mitte der sechziger Jahre eingestanden wurde, dürfte auch für viele deutsche Gefangene der ersten Zeit zutreffen. Für sie existieren weder Gerichtsprotokolle noch Sterbeunterlagen. Eher zufällig seien Unterlagen über außergerichtlich erschossene deutsche Kriegsgefangene erhalten geblieben, jedoch nicht in den Akten über Vernehmungen und gerichtliche Untersuchungsverfahren, wie man erwarten würde. Es lagere noch viel Material im früheren KGB-Archiv, das momentan der Forschung noch nicht zur Verfügung stehe.

Generell sei für die Arbeit mit den Quellen festzuhalten: Sofern verschiedene Institutionen zuständig seien, gebe es dementsprechend auch unterschiedliche Statistiken. Als Beispiel dafür könnten die beiden Institutionen dienen, die zwischen 1945 und 1953 für Verhaftungen in Deutschland zuständig gewesen seien: das NKVD (MVD), in dessen Archiv sich die Dokumente für die Zeit bis September/Oktober 1946 befänden, und das MGB (Staatssicherheitsministerium), in dessen Verantwortung die Statistik für die späteren Jahre gefallen sei. Leider seien die Statistiken der beiden Ministerien nach unterschiedlichen Prinzipien geführt worden, was eine einfache numerische Zusammenführung unmöglich mache. Grundsätzlich sei die MGB-Statistik klarer und übersichtlicher geführt worden und unterscheidet durchgehend nach der Nationalität der Häftlinge.

Nach Auskunft Petrovs existieren im heutigen FSD-Archiv ca. 130 000 Akten, die sich auf das Spezialkontingent der Internierungslagerhäftlinge in der SBZ beziehen. Sie betreffen Verurteilte wie Nichtverurteilte sowie Erschossene. Die Differenz zwischen den ca. 130 000 Fallakten und den ca. 122 000 registrierten Häftlingen lasse auf eine Größenordnung von rund 7 000 bis 8 000, zumindest aber 5 000 Erschossenen schließen. Gesicherte Aussagen dazu seien allerdings erst nach der Auswertung jener 130 000

Akten möglich. Im MVD gebe es parallel dazu rund 24 000 derartige Akten, die jedoch sämtlich Verfahren nach Ukaz 43 oder nach den Einzelbestimmungen des § 58 des StGB der Russischen Föderation betreffen. Dokumente zu Allgemeindelikten ohne politischen oder kriegsvölkerrechtlichen Hintergrund seien möglicherweise gar nicht erhalten geblieben, da solche Unterlagen nach Ablauf der Straffrist zu vernichten waren. Größere Aktenvernichtungen dieser Art seien in den Jahren 1954/55 vorgenommen worden; sie hätten allerdings auch Fälle von „konterrevolutionärer Tätigkeit“ betroffen. Bereits 1991 hatte das KGB mitgeteilt, über ca. 30 000 Akten von „Kriegsverbrechern“ zu verfügen. Sie bezögen sich jedoch auf gerichtliche Vorgänge, nicht auf Einzelpersonen. Deren Anzahl liege um rund das anderthalbfache über der Zahl der Vorgänge.

Zum „Zahlenproblem“ und den offiziellen sowjetischen Zahlenangaben im Zusammenhang mit der TASS-Meldung vom Mai 1950 merkte Petrov an, diese seien zweifellos von Stalin persönlich „abgesegnet“ gewesen. Was ihn jedoch dazu bewogen habe, ausgerechnet die Zahl 13 546 anzugeben, obwohl es sich tatsächlich um knapp über 16 000 gehandelt habe, bleibe unklar. Möglicherweise habe das bereits von Nikolaj Bucharin festgestellte Gespür Stalins für die „richtige Dosierung“ den Ausschlag gegeben. Jedenfalls zeige sich auch in diesem Detail die Priorität der Taktik vor der Humanität.

4.2 Verurteilte Zivilisten

Klaus-Dieter Müller, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Instituts (Dresden), berichtete von den Ergebnissen eines Forschungsprojekts über Zivilverurteilte, das auf der Materialgrundlage einer Sammlung von SMT-Unterlagen im Hannah-Arendt-Institut basiert. Dabei handelt es sich vornehmlich um Rehabilitationsbescheide, Rechtsgutachten der Moskauer Militärstaatsanwaltschaft sowie Auszüge aus Personal- und Strafakten von Verurteilten. Die EDV-verzeichneten Verurteilungsgründe wurden vom Referenten in drei Großgruppen unterteilt:

1. Kriegs- und Besatzungsverbrechen während des Krieges,
2. antisowjetischer Widerstand ohne Gewaltmittel,
3. antisowjetischer Widerstand mit Gewalt oder Gewaltandrohung.

Für sein Referat wertete Müller aus den SMT-Unterlagen im Hannah-Arendt-Institut 3 243 Verurteilungsfälle aus. Hinsichtlich der Jahresverteilung und der Großgruppen ergab sich folgendes Bild:

Jahr	Gruppe 1	Gruppe2	Gruppe 3	Summe
1945	229	34	196	459
1946	194	13	223	430
1947	169	39	85	293
1948	45	222	36	303
1949	54	314	33	401
1950	53	325	7	385
1951	38	544	14	596
1952	3	235	7	245
1953	1	28	1	30
Unbekannt	38	22	41	101
Summe	824	1776	643	3243
Prozent	25,4%	54,8%	19,8%	100,0%

In der zugrunde gelegten Dokumentation sind 730 Todesurteile enthalten, von denen 511 vollstreckt wurden, außerdem 88 Urteile durch sogenannte OSO (Osoboe soveščanie, i. e. gesonderte Beratung), eine für den Stalinismus typische Administrativjustiz, die ihre Urteile ohne die Gegenwart des Angeklagten allein nach Aktenlage sprach.

Die bislang bekannten Zahlen belegen eine Gesamtzahl von 26 000 Verurteilten bis zum Juni 1949. Werden Frühverurteilte und Eingelieferte von Juli bis Dezember 1949 hinzugerechnet, so kann von etwa 30 000 Personen ausgegangen werden. Auf die Gesamtzahl der Zivilverurteilten bezogen (nach Auskunft des FSD für die Phase von 1945 bis 1953 insgesamt ca. 50 000 Personen) errechnete Müller für die von ihm vorgestellte Gruppe von 3 243 Fällen einen Anteil von 6,5 Prozent. Mit einem so bestimmten Multiplikator von 15,4 projizierte der Referent dann die Ergebnisse seiner Untersuchung auf die Gesamtgruppe und verglich die auf diese Weise gewonnenen Zahlen mit Angaben aus anderen Quellen. Insbesondere ging es ihm um Angaben zur Verteilung der Verurteilten auf die einzelnen Verhaftungsjahre, die Gesamtzahl der Hingerichteten sowie um die Jahresverteilung der verhängten und vollstreckten Todesstrafen. Müller ging davon aus, daß seine Annahmen und Berechnungen in dem Maße präzisiert und validiert würden, in dem die Zahl der bekannten und auswertbaren Fälle sich vergrößere.

Die anschließende Diskussion berührte u. a. die Frage nach den berüchtigten sogenannten „GPU-Kellern“ und der Zahl der bei den oft gewaltsamen Verhören durch die sowjetischen Untersuchungsorgane Umgekommenen. Nach Auskunft Müllers seien solche Todesfälle aus einer Reihe von Zeitzeugenbefragungen bekannt; sie dürften aber statistisch keine nennenswerte Größe darstellen. *Günther Wagenlehner* verwies in diesem Zusammenhang auf die Akten des KGB, die Todesfälle während des Untersuchungsverfahrens generell verzeichneten. Die seit 1948 deutlich erkennbare Reduzierung der

Verurteilungen hänge, so *Müller*, sicher auch mit Anweisungen an die Militärtribunale zusammen, sich vorrangig gravierenden Fällen zu widmen und leichtere Delikte der deutschen Justiz zu überlassen. Ein Entwurf für eine solche Anweisung über die Arbeit der SMT sei beispielsweise aus dem Jahre 1951 bekannt. Abschließend wies *Müller* auf die Parallele zwischen den Waldheim-Verfahren der DDR-Justiz gegen die letzten entlassenen, aber nicht verurteilten Häftlinge der 1950 aufgelösten Internierungslager und der fast zeitgleich abrollenden Prozeßlawine gegen deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR hin. Hier gebe es möglicherweise einen Zusammenhang, der bisher noch nicht gebührend berücksichtigt worden sei.

5. Bilanz und Forschungsausblick

Günther Wagenlehner dankte den Referenten und Diskussionsteilnehmern für ihre Beiträge, zog eine kurze Bilanz der Tagung und gab einen knappen Ausblick auf noch offene Forschungsfragen. Er stellte fest, daß es hinsichtlich der Definition der Kriegsgefangenschaft gemäß den beiden Genfer Konventionen von 1929 und 1949 unter den Tagungsteilnehmern keinen Dissens gegeben habe. Gleichwohl sei unstrittig, daß auf deutscher wie sowjetischer Seite gravierende Verstöße gegen diese Konventionen vorgekommen seien. Auf deutscher Seite seien sie wegen des nationalsozialistischen Rassenwahns ideologisch-prinzipieller Natur gewesen, während sie auf sowjetischer Seite vor allem der persönlichen Diktatur Stalins zuzuschreiben seien. Nikita Petrow habe auf solche Fälle aufmerksam gemacht und Fragen aufgeworfen, die noch der Klärung bedürften.

Mit Blick auf die Dimensionen und Definitionen, deren Präzisierung und Konkretisierung das erklärte Ziel der Tagung gewesen war, konstatierte *Wagenlehner*, daß es gelungen sei, Antworten zu finden, die weitere Einzel Forschungen anstoßen könnten. So gebe es beispielsweise bei den Problemen des Meldewesens und der Registrierung, wie sie in den Beiträgen von Urs Veit und Reinhard Otto aufgezeigt wurden, noch einige offene Fragen. Eine wichtige Erkenntnis liege ferner darin, daß der Stellenwert „inoffizieller“ Zahlen deutlich geworden sei, d. h. jener Daten, die die WAST und der DRK-Suchdienst präsentiert hätten. Angesichts der Diskrepanz zwischen diesen Zahlen und den Angaben der historischen Forschung müßten sämtliche erreichbaren Hilfsmittel bemüht werden, um der Wahrheit näherzukommen.

Als Resümee der Tagung hielt *Wagenlehner* fest, daß die präsentierten unterschiedlichen Zahlen vorerst hingenommen werden müßten, zumal sich verschiedene Erklärungsansätze ergeben hätten. Gemeinsam sei man zu dem Schluß gekommen, daß die von sowjetischer Seite gemeldeten Zahlen für die deutschen Kriegsgefangenen ab dem Jahr 1947 als zuverlässig anzusehen seien. Als gesichert könne gelten, daß zwischen 700 000 und einer Million

deutscher Soldaten nach ihrer Gefangennahme in sowjetischem Gewahrsam umgekommen sind. Auch bei den sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam blieben die unterschiedlichen Zahlenangaben, die von 4,2 Mio. (nach neuesten russischen Angaben) bis zu 5,7 Mio. reichten, bestehen. In jedem Fall habe deutlich mehr als die Hälfte der kriegsgefangenen Rotarmisten die deutsche Gefangenschaft nicht überlebt. Zu einer übereinstimmenden Beurteilung sei man hinsichtlich der 127 000 überwiegend nicht verurteilten Deutschen gekommen, die vom sowjetischen NKVD verhaftet und in den Speziallagern der sowjetischen Besatzungszone inhaftiert wurden. Einig sei man sich auch im Hinblick auf die mindestens 210 000 deutschen Zivilisten gewesen, die auf der Grundlage des Befehls vom 16. Dezember 1944 zum Arbeitseinsatz in die UdSSR verschleppt wurden. Dasselbe gelte für die Feststellung, daß nach 1945 in der SBZ/DDR mindestens 40 000 Zivilpersonen aus politischen Gründen verurteilt worden sind.

Die Tagung habe viele konkrete Anregungen gebracht. Dazu zählte Wagenlehner den Auftrag an die Kommission Sergej Osipovs, die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen und der 1941 bis 1944 in sowjetischer Gefangenschaft Verstorbenen festzustellen. Derselbe Auftrag gehe an die Deutsche Dienststelle in Berlin, die in enger Abstimmung mit dem Militärarchiv in Podolsk arbeiten müsse. Es sei beeindruckend, wie weit die deutsch-russische Zusammenarbeit bereits gediehen sei. Umstrittene Probleme des Zweiten Weltkrieges – wie die tatsächlichen Verlustzahlen der Gefangenen auf beiden Seiten, Todes- und Straflager, willkürliche Erschießungen oder auch Verurteilungen wegen „Kriegs- und Staatsverbrechen“ – werden heute im Rückblick von deutschen und russischen Fachwissenschaftlern sachlich, einvernehmlich und konstruktiv behandelt. Für die künftige Arbeit auf diesem Forschungsfeld böten die Verträge zwischen dem DRK und dem Archiv des Föderalen Sicherheitsdienstes, dem Moskauer Staatlichen Militärarchiv sowie mit dem Hauptinformationszentrum des russischen Innenministeriums eine gute Basis.

6. Literaturverzeichnis

- Bährens, Kurt: Deutsche in Straflagern und Gefängnissen der Sowjetunion (Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. V/1-3), München/Bielefeld 1965.
- Böhme, Kurt W.: Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand - Eine Bilanz (Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. VII), München/Bielefeld 1966.
- Bonwetsch, Bernd: Die Kriegsverluste der Sowjetunion. Neue Berechnungen eines sowjetischen Wissenschaftlers. In: Osteuropa-Archiv, April 1990, A199-A209.
- Brockhaus, Bd. 10, 17. Auflage, Wiesbaden 1970.
- Cena pobedy. In: Voenno-Istoričeskij Žurnal 3/1990, S. 14-16.
- Dallin, Alexander: Deutsche Herrschaft in Rußland 1941-1945. Eine Studie über Besatzungspolitik, Düsseldorf 1958.
- Fischer, Alexander (Hg.): Teheran-Jalta-Potsdam: die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, Köln 1973.
- Garbe, Detlef: Zwischen Widerstand und Martyrium. Die Zeugen Jehovas im „Dritten Reich“, München 1994.
- Große Sowjetenzyklopädie (Bol'saja Sovetskaja Enciklopedija), Bd. 8, 2. Auflage (1951) und Bd. 5, 3. Auflage (1971).
- Gurkin, V. V./Kruglov, A.I.: Krovavaja rasplata agressora. In: Voenno-Istoričeskij Žurnal, 3/1996.
- Hilger, Andreas: „Arbeit ist die einzige Existenzquelle!“ Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion 1941-1956. Kriegsgefangenenpolitik und Gefangenentalität, (Phil. Diss.) Universität Köln 1998/99.
- Jeske, Natalja: Kritische Bemerkungen zu den sowjetischen Speziallagerstatistiken. In: Studien und Berichte, hg. u. eingel. von Alexander von Plato (Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Bd. 1), Berlin 1998, S. 457-480.
- Keller, Rolf/Otto, Reinhard: Das Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen und die Wehrmachtbürokratie. Unterlagen zur Registrierung der sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945 in deutschen und russischen Institutionen. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Bd. 57 (1998), S. 149-180.
- Kilian, Achim: Deutsche und Russen auf dem Weg zur Wahrheit. Ein Kolloquium über Begriffe und Gefangenzahlen. In: Deutschland Archiv 6 (1998), S. 1013-1016.
- Stalins Prophylaxe. Maßnahmen der sowjetischen Sicherheitsorgane im besetzten Deutschland. In: Deutschland Archiv 4 (1997), S. 531-564.
- Konasov, Viktor B.: Sud'by nemeckich voennoplennyh v SSSR. Diplomatičeskie, pravovye i političeskie aspekty problemy. Očerki i dokumenty, Vologda 1996.
- Sudebnoe presledovanie nemeckich voennoplennyh v SSSR. Vnešnepolitičeskij aspekt problemy, Moskau 1998.
- Krivošeev, G. F. (Hg.): Grif sekretnosti snjat. Vooružennyh sil SSSR v vojnach, boevykh dejstvijach i voennyh konfliktach. Stat. Issled./Pod obščej red., Moskau 1993.

- Krivosheev, G. F. (Hg.): *Soviet Casualties and Combat Losses in the Twentieth Century*, London 1997.
- Ljudskie poteri SSSR v period vtoroj mirovoj vojny. Sbornik statej, St. Petersburg 1995.
- Maschke, Erich: *Die deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges. Eine Zusammenfassung (Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Band XV)*, München/Bielefeld 1974.
- Mitzka, Herbert: *Meine Brüder hast du ferne von mir getan. Beitrag zur Geschichte der ostdeutschen „Reparationsdeportierten“ von 1945 in der Sowjetunion*, Einhausen 1983.
- Mueller-Hillebrand, Burkhard: *Das Heer 1933–1945. Entwicklung des organisatorischen Aufbaues. Bd. III: Der Zweifrontenkrieg. Das Heer vom Beginn des Feldzuges gegen die Sowjetunion bis zum Kriegsende*, Darmstadt 1969.
- Müller, Rolf-Dieter: *Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft. In: Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945*, hg. von Ulrich Herbert, Essen 1991, S. 234–250.
- Nawratil, Heinz: *Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten*, München 1986.
- Osterloh, Jörg: *Ein ganz normales Lager. Das Kriegsgefangenen-Mannschaftsstammlager 304 (IV H) Zeithain bei Riesa/Sa. 1941 bis 1945*, Leipzig 1997.
- Otto, Reinhard: *Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42 (Schriften der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 77)*, München 1998.
- Overmans, Rüdiger: *Die Toten des Zweiten Weltkrieges in Deutschland. Bilanz der Forschung unter besonderer Berücksichtigung der Wehrmacht- und Vertreibungsverluste. In: Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hg. von Wolfgang Michalka*, München 1989, S. 858–873.
- *Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg*, München 1999.
- Petrov, Nikita V.: *Außergerichtliche Repressionen gegen Kriegsgefangene Deutsche 1941 bis 1956. In: Die Tragödie der Gefangenschaft*, S. 175–196.
- *Vnesudebnye repressii protiv voennoplennykh nemcev v 1941–1946. In: Problemy voennogo plena: Istorija i sovremennost'. Materialy Meždunarodnoj naučno-praktičeskoj konferencii 23–25 oktjabrja 1997 gg. Vologda, Čast' 2*, Vologda 1997, S. 77–94.
- Poljan, Pavel M.: *Žertvy dvuch diktatur. Ostarbajtery i voennoplennye v Tret'em Rejche i ich repatriacija*, Moskau 1996.
- Poteri vooružennykh sil SSSR v vojnach, boevykh dejstvijach i voennykh konfliktach*, Moskau (Voennoe Izdatel'stvo) 1993.
- Ratza, Werner: *Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Der Faktor Arbeit (Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. IV)*, München/Bielefeld 1973.
- Reichling, Gerhard: *Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil 1: Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940–1985*, Bonn 1986.
- Riesenberger, Dieter (Hg.): *Das Deutsche Rote Kreuz, Konrad Adenauer und das Kriegsgefangenenproblem. Die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion (1952–1955)*, Bremen 1994.

- Schramm, Percy E.: Die personellen und materiellen Gesamtverluste der deutschen Wehrmacht von Kriegsbeginn bis zum 31. Januar 1945. In: Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), hg. von Percy E. Schramm, 1. Januar 1944–22. Mai 1945, Bd. IV, 2. Halbband, Bonn o. J.
- Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik. Eingel. und bearb. von Ralf Possekel (Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Bd. 2), Berlin 1998.
- Streim, Alfred: Sowjetische Gefangene in Hitlers Vernichtungskrieg. Berichte und Dokumente 1941–1945, Heidelberg 1982.
- Streit, Christian: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Bonn 1997.
- Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und der Sowjetunion 1941–1956, hg. von Klaus-Dieter Müller, Konstantin Nikischkin und Günther Wagenlehner, (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 5), Köln 1998.
- Truman, Harry S.: Memoiren, Band 1: Das Jahr der Entscheidungen (1945), Bern 1955.
- Wagenlehner, Günther: Vier Jahre Auswertung in den russischen Archiven – ein Beitrag zur deutsch-russischen Aussöhnung. In: Deutschland Archiv 6 (1998), S. 431–438.
- Weber, Georg u. a.: Die Deportation von Siebenbürger Sachsen in die Sowjetunion 1945–1949, 3 Bde., Köln 1996.
- Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, hg. von Erich Maschke, 22 Bde., Bielefeld 1964 ff.
- Zur Geschichte der Kriegsgefangenen im Osten. Teil I: Vom Ort der Gefangennahme ins Kriegsgefangenenlager, Bielefeld o. J. [1955]; Teil II: Lebensbedingungen und Sterblichkeit in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern, Bielefeld o. J. [1958].

7. Abkürzungen

AWA	Allgemeines Wehrmachtamt im Oberkommando der Wehrmacht
CAMO	Central'nyj archiv ministerstva oborony (Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums, Podolsk)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
FHO	Fremde Heere Ost im Oberkommando des Heeres
FSD	Föderaler Sicherheitsdienst Rußlands (russ. Abk. FSB)
GARF	Gosudarstvennyj archiv Rossijskoj Federacii (Staatsarchiv der Russischen Föderation)
GKK	Genfer Konvention über Kriegsgefangene 1929 und 1949
GULAG	Glavnoe upravlenie lagerej (Hauptverwaltung Arbeitslager im Innenministerium der UdSSR)
GUPVI	Glavnoe upravlenie po delam voennoplennyx i internirovannyx (Hauptverwaltung für Angelegenheiten von Kriegsgefangenen und Internierten im Innenministerium der UdSSR)
HAIT	Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden
HLKO	Haager Landkriegsordnung von 1907
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz Genf
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti (Komitee für Staatssicherheit der UdSSR seit 1954)
MGB	Ministerstvo gosudarstvennoj bezopasnosti (Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR von 1946 bis 1953)
MVD	Ministerstvo vnutrennich del (Innenministerium der UdSSR ab 1946)
NKVD	Narodnyj komissariat vnutrennich del (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der UdSSR von 1934 bis 1946)
OKH	Oberkommando des Heeres
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OSO	Osoboe Soveščanie (administratives Sondergericht des Innenministeriums der UdSSR)
SBZ	Sowjetische Besatzungszone Deutschlands
SMT	Sowjetisches Militärtribunal
SL	Speziallager(-kontingent)
SS	Schutzstaffel (Frontverbände - Waffen-SS)
StGB	Strafgesetzbuch (der Russischen Föderation von 1926)
TASS	Telegrafnoe agentstvo SSSR (Telegrafenagentur der UdSSR)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VIŽ	Voenna-Istoričeskij Žurnal (Militärgeschichtliches Journal Moskau)
WAsT	Wehrmachtauskunftsstelle (heute: Deutsche Dienststelle Berlin)
WVW	Abteilung Wehrmachtverlustwesen im Oberkommando der Wehrmacht

8. Teilnehmer der Tagung

Alina Beljukova, Mitarbeiterin des Zentrums für die Rehabilitierung der Opfer politischer Repression und für Archivinformation im Innenministerium der Russischen Föderation, Moskau

Manfred Blum, Leiter des Suchdienstes des DRK, Bonn

Natal'ja Eliseeva, Dr., Leiterin der Abteilung Informationsbereitstellung im Russischen Staatlichen Militärarchiv, Moskau

Valerij Filippov, Oberst, kommissarischer Leiter des militär-historischen Zentrums der Russischen Föderation, Podolsk

Vladimir Galickij, Kapitän z. S., Prof. Dr., Mitglied der Akademie für Militärwissenschaften und Dozent an der Akademie des Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation (ehemals KGB), Moskau

Klaus-Dietmar Henke, Prof. Dr., Direktor des Hannah-Arendt-Institutes für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden

Achim Kilian, Historiker, Weinheim

Viktor Konasov, Dr., Dozent an der Pädagogischen Akademie, Vologda

Vladimir Korotaev, stellvertretender Direktor des Zentrums für die Aufbewahrung historischer Dokumentensammlungen (früheres Sonderarchiv), Moskau

Klaus Mittermaier, Leiter der DRK-Suchdienststelle, München

Klaus-Dieter Müller, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Institutes für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden

Sergej Osipov, Dr., stellvertretender Vorsitzender der Kommission für Kriegsgefangene, Internierte und Vermißte beim Präsidenten der Russischen Föderation, Moskau

Jörg Osterloh, M. A., wissenschaftlicher Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Institutes für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden

Reinhard Otto, Dr., Historiker, Lemgo

Rüdiger Overmans, Dr., Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg

Nikita Petrov, Historiker, Mitarbeiter des wissenschaftlichen Informationszentrums „Memorial“, Moskau

Pavel Poljan, Dr., Dozent, Mitarbeiter des Instituts für Geographie der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau

Ralf Possekel, Dr., Historiker, Berlin

Christian Streit, Dr., Historiker, Heidelberg

Urs Veit, Leiter der Deutschen Dienststelle, Berlin

Günther Wagenlehner, Dr., Direktor des Instituts für Archivauswertung, Bonn

Hannah-Arendt-Institut

für Totalitarismusforschung e. V. an der
Technischen Universität Dresden



Schriften des Hannah-Arendt-Instituts

Nr. 1: Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen. Rückblick und Zwischenbilanz. Hg. von Alexander Fischer (†) und Günther Heydemann, 1995

Nr. 2: Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung. Hg. von Michael Richter und Martin Reißmann, 1995

Nr. 3: Stefan Kreuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, 1996

Nr. 4: Michael Richter: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, 1996

Nr. 5: Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und in der Sowjetunion 1941–1956. Hg. von Klaus-Dieter Müller, Konstantin Nikischkin und Günther Wagenlehner, 1998

Nr. 6: Lothar Fritze: Täter mit gutem Gewissen. Über menschliches Versagen im diktatorischen Sozialismus, 1998

Nr. 7: Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus. Hg. von Achim Siegel, 1998

Nr. 8: Bernd Schäfer: Staat und katholische Kirche in der DDR, 1998

Nr. 9: Widerstand und Opposition in der DDR. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, Peter Steinbach und Johannes Tuchel, 1999

Nr. 10: Peter Skyba: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961, 2000

Nr. 11: Heidi Roth: Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Mit einem einleitenden Kapitel von Karl Wilhelm Fricke, 1999

Nr. 12: Michael Richter, Erich Sobeslavsky: Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition in Dresden 1989/90, 1999

Böhlau Verlag Köln Weimar

Berichte und Studien

Nr. 2: Michael Richter: Die Revolution in Deutschland 1989/90. Anmerkungen zum Charakter der „Wende“, 1995

Nr. 3: Jörg Osterloh: Sowjetische Kriegsgefangene 1941–1945 im Spiegel nationaler und internationaler Untersuchungen. Forschungsüberblick und Bibliographie, 1995

Nr. 4: Klaus-Dieter Müller, Jörg Osterloh: Die Andere DDR. Eine studentische Widerstandsgruppe und ihr Schicksal im Spiegel persönlicher Erinnerungen und sowjetischer NKWD-Dokumente, 1995

Nr. 5: Gerhard Barkleit: Die Rolle des MfS beim Aufbau der Luftfahrtindustrie der DDR, 1996

Nr. 6: Christoph Boyer: „Die Kader entscheiden alles ...“. Kaderpolitik und Kaderentwicklung in der zentralen Staatsverwaltung der SBZ und der frühen DDR (1945–1952), 1996

Nr. 7: Horst Haun: Der Geschichtsbeschuß der SED 1955. Programmdokument für die „volle Durchsetzung des Marxismus-Leninismus“ in der DDR-Geschichtswissenschaft, 1996

Nr. 10: Eckhard Hampe: Zur Geschichte der Kerntechnik in der DDR 1955–1962. Die Politik der Staatspartei zur Nutzung der Kernenergie, 1996

Nr. 11: Johannes Raschka: „Für kleine Delikte ist kein Platz in der Kriminalitätsstatistik.“ Zur Zahl der politischen Häftlinge während der Amtszeit Honeckers, 1997

Nr. 12: Die Verführungskraft des Totalitären. Saul Friedländer, Hans Maier, Jens Reich und Andrzej Szczępiorski auf dem Hannah-Arendt-Forum 1997 in Dresden. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, 1997

Nr. 13: Michael C. Schneider: Bildung für neue Eliten. Die Gründung der Arbeiter- und Bauern-Fakultäten in der SBZ/DDR, 1998

Nr. 14: Johannes Raschka: Einschüchterung, Ausgrenzung, Verfolgung. Zur politischen Repression in der Amtszeit Honeckers, 1998

Nr. 15: Gerhard Barkleit, Anette Dunsch: Anfällige Aufsteiger. Inoffizielle Mitarbeiter des MfS in Betrieben der Hochtechnologie, 1998

Nr. 16: Manfred Zeidler: Das Sondergericht Freiberg. Zu Justiz und Repression in Sachsen 1933–1940, 1998

Nr. 17: Über den Totalitarismus. Texte Hannah Arendts aus den Jahren 1951 und 1953. Aus dem Englischen übertragen von Ursula Ludz. Kommentar von Ingeborg Nordmann, 1998

Nr. 18: Totalitarismus. Sechs Vorträge über Gehalt und Reichweite eines klassischen Konzepts der Diktaturforschung. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, 1999

Nr. 19: Henry Krause: Wittichenau. Eine katholische Kleinstadt und das Ende der DDR, 1999

Nr. 20: Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR. Hg. von Christoph Boyer und Peter Skyba, 1999

Nr. 21: Horst Haun: Kommunist und „Revisionist“. Die SED-Kampagne gegen Jürgen Kuczynski (1956–1959), 1999

Nr. 22: Sigrid Meuschel, Michael Richter, Hartmut Zwahr: Friedliche Revolution in Sachsen. Das Ende der DDR und die Wiedergründung des Freistaates, 1999

Nr. 23: Gefangene in deutschem und sowjetischem Gewahrsam 1941–1956: Dimensionen und Definitionen. Herausgegeben von Manfred Zeidler und Ute Schmidt, 1999

Nr. 24: Gerald Hacke: Zeugen Jehovas in der DDR. Verfolgung und Verhalten einer religiösen Minderheit, 2000

(Nur lieferbare Titel)

Einzelveröffentlichungen:

Nr. 1: Lothar Fritze: Innenansicht eines Ruins. Gedanken zum Untergang der DDR, München 1993 (Olzog)

Nr. 2: Lothar Fritze: Panoptikum DDR-Wirtschaft. Machtverhältnisse. Organisationsstrukturen, Funktionsmechanismen, München 1993 (Olzog)

Nr. 3: Lothar Fritze: Die Gegenwart des Vergangenen. Über das Weiterleben der DDR nach ihrem Ende, Köln 1997 (Böhlau)

Nr. 4: Jörg Osterloh: Ein ganz normales Lager. Das Kriegsgefangenen-Mannschaftsstammlager 304 (IV H) Zeithain bei Riesa/Sa. 1941–1945, Leipzig 1997 (Kiepenheuer)

Nr. 5: Manfred Zeidler: Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45, München 1996 (Oldenbourg)

Nr. 6: Michael Richter, Mike Schmeitzner: „Einer von beiden muß so bald wie möglich entfernt werden“. Der Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs vor dem Hintergrund des Konflikts mit Innenminister Kurt Fischer 1947, Leipzig 1999 (Kiepenheuer)

Nr. 7: Johannes Bähr: Der Goldhandel der Dresdner Bank im Zweiten Weltkrieg. Unter Mitarbeit von Michael C. Schneider. Ein Bericht des Hannah-Arendt-Instituts, Leipzig 1999 (Kiepenheuer)

Bestelladresse für „Berichte und Studien“:

Hannah-Arendt-Institut
für Totalitarismusforschung e.V.
an der Technischen Universität Dresden
01062 Dresden

Telefon: 0351 / 463 32802

Telefax: 0351 / 463 36079

E-Mail: hait@mail.zih.tu-dresden.de

Homepage: www.hait.tu-dresden.de

Heidi Roth

Der 17. Juni 1953 in Sachsen

Mit einem einleitenden Kapitel von Karl Wilhelm Fricke

(Schriften des Hannah-Arendt-Instituts
für Totalitarismusforschung, Band 11)

1999. 654 Seiten. Gebunden. DM 98,-. ISBN 3-412-06399-1

Dieses Buch ist die erste umfassende regionalhistorische Untersuchung zum Juni-Aufstand des Jahres 1953. Die Autorin stützt ihre Darstellung auf eine Fülle von Archivmaterialien und hat darüber hinaus zahlreiche Zeitzeugen befragt. Im Mittelpunkt stehen die Aufständischen selbst, jene Frauen und Männer, die in Dresden, Görlitz, Leipzig und anderen sächsischen Städten die Initiative zu Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen und zur Befreiung politischer Gefangener ergriffen. Sie wurden dafür als „Provokateure und Agenten“ diffamiert und ins Zuchthaus gesperrt.

Neben dem Ablauf des Aufstandes und seiner Niederschlagung werden die Folgen und Langzeitwirkungen analysiert. Dabei geht es zum einen um den parteiamtlichen Umgang mit dem 17. Juni, zum anderen um die Repressalien gegen die Aufstandsteilnehmer. So ist die Studie auch ein Beitrag zum Verständnis der Lebenswirklichkeit dieser Generation.

Heidi Roth war wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung.

Böhlau Verlag Köln Weimar

Michael Richter / Erich Sobeslavsky

Die Gruppe der 20

Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition
in Dresden 1989/90

(Schriften des Hannah-Arendt-Instituts
für Totalitarismusforschung, Band 12)

1999. 552 Seiten. Gebunden. DM 88,-. ISBN 3-412-06499-8

Am 8. Oktober 1989 bildete sich während einer Demonstration in Dresden auf der Prager Straße spontan die „Gruppe der 20“. Die protestierenden Dresdner erteilten den etwa 20 Bürgern ein direktes Mandat, Gespräche mit den Machthabern zu führen. Einen Tag vor der befürchteten „chinesischen Lösung“ in Leipzig und wenige Tage nach den gewaltsamen Auseinandersetzungen am Dresdner Hauptbahnhof symbolisierte ihr Entstehen den Willen der Bevölkerung zum friedlichen Dialog über die Zukunft der DDR, aber auch einen Wandel der Politik der Dresdner SED-Führung. Die Gruppe vertrat große Teile der Bevölkerung und organisierte die wöchentlichen Montagsdemonstrationen.

Das Buch beruht auf umfangreichen Aktenstudien und zahlreichen Zeitzeugeninterviews. Der Dokumententeil enthält sowohl Texte der „Gruppe der 20“ als auch Unterlagen des Partei- und Staatsapparates. Sie belegen eindrucksvoll den vergeblichen Versuch der Staatsmacht, die Gruppe zu unterwandern und die revolutionäre Entwicklung zu stoppen.

Michael Richter ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Erich Sobeslavsky ist Referent beim Sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Böhlau Verlag Köln Weimar